

Mittelstands Magazin

www.mitmagazin.com

G 1480

10
2011

INFORMATIONEN UND FORUM FÜR MITTELSTAND, WIRTSCHAFT UND MANAGEMENT

POLITIK

Im Interview:
Volker Bouffier

UNTERNEHMEN

Einbruchschutz
ist Chefsache

SERVICE

Vorsicht bei
Rabatt-Aktionen



Das
World **W**ide **W**eb
wird **20**

„Fertig!“



LEXWARE

Alles in Ordnung

**Mit Lexware buchhalter erledigen
Sie Ihre Buchhaltung ratz fatz.**

Liefert schnell Ergebnisse! Jetzt kriegen Sie Buchungen, Kontoführung und sogar den kompletten Jahresabschluss schnell vom Tisch. Ganz entspannt sind Sie mit der Buchhaltung in nur 5 Minuten am Tag „Fertig!“

www.lexware.de

QUO VADIS EURO – QUO VADIS EUROPA?



Dr. h.c. Hans Michelbach, MdB, ist Vorsitzender der bayerischen Mittelstands-Union und stellv. Bundesvorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU

Die gesamte Mittelstands-Union freut sich auf die Delegierten aus ganz Deutschland auf der Bundesdelegiertenversammlung am 28. und 29. Oktober in Deggendorf. Es wird uns eine Ehre und ein Vergnügen sein, als Gastgeber zu agieren. Eines der Schwerpunktthemen wird die andauernde Diskussion um die europäische Schuldenkrise sein. Es ist jetzt an der Zeit, das richtige Zeichen zu setzen: Nein zur europäischen Schuldenunion – Ja zum Stabilitätspakt!

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu den Euro-Hilfen war eine schallende Ohrfeige für SPD und Grüne. Die rot-grüne Opposition hat vom höchsten deutschen Gericht schwarz auf weiß bekommen, dass Eurobonds verfassungswidrig sind. Der irrlichternden Debatte von SPD und Grünen über Eurobonds ist jetzt dauerhaft der Boden entzogen. Das Verfassungsgericht hat einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Debatte über den richtigen Weg zur Euro-Stabilisierung geleistet. SPD und Grüne müssen öffentlich eingestehen, dass sie auf dem Holzweg waren. Auch finanzpolitisch sind Gemeinschaftsanleihen nicht die Lösung, sondern die Verschärfung des Problems. Die Finanzkrise einiger Euro-Staaten kann nur durch eine konsequente Politik des Schuldenabbaus der betroffenen Länder überwunden werden. An einem durchgreifenden Konsolidierungs- und Reformprozess führt kein Weg vorbei, auch wenn er mit schmerzhaften Veränderungen verbunden ist.

Leider habe sich diese Erkenntnis noch nicht in allen Euro-Schuldenstaaten in praktischer Politik niedergeschlagen. Daran ist die von SPD und Grünen geführte Eurobonds-Debatte nicht ganz unschuldig. Es wird dringend Zeit, dass

sich das ändert. Es ist auch Aufgabe der EU-Kommission, notfalls den notwendigen Druck zu entfalten und die erforderlichen Veränderungen durchzusetzen.

Es ist an der Zeit, dass wir uns von der Maxime verabschieden, dass Griechenland keinesfalls Pleite gehen darf. Für den Fall, dass ein Euro-Staat seine Schulden trotz Hilfen in absehbarer Zeit nicht bedienen kann, muss er umschulden können. Finanzielle

Restrukturierungsmaßnahmen müssen notfalls durch europaweit abgestimmte, nationale Bankenrettungsschirme bewältigt werden. Ich trete außerdem dafür ein, dass Mitgliedstaaten der Euro-Zone nur beitreten dürfen, wenn sie die Konvergenzkriterien tatsächlich erfüllen. Ist ein Mitgliedstaat nicht gewillt oder in der Lage, die Konvergenzkriterien dauerhaft zu erfüllen, muss die Möglichkeit bestehen, die Euro-Zone unter Aufrechterhaltung seiner Mitgliedschaft in der EU wieder zu verlassen.

Wir Deutsche haben vom gemeinsamen Wirtschaftsraum stark profitiert. Unsere exportorientierte Wirtschaft mit ihren Qualitätsprodukten Made in Germany ist mehr als andere von Wechselkurschwankungen abhängig. Das Projekt Europa darf nicht scheitern. Aus diesem Grund ist es richtig und wichtig, dass wir als Vertreter des Mittelstandes, der immer schon die Prinzipien des ehrbaren Kaufmanns vertreten hat, aufmerksam beobachten, was die europäischen Akteure unternehmen, um die Währung zu retten. Europa ist stark genug, um aus dieser Krise, die durch die überbordenden Staatsschulden verursacht wurde, geeint und zukunftsfest herauszugehen. Auf welchen Wegen, das müssen wir diskutieren. Auf unserer Landesversammlung in Aschheim und auch auf der Bundesdelegiertenversammlung in Deggendorf.

Zum Aussterben geboren

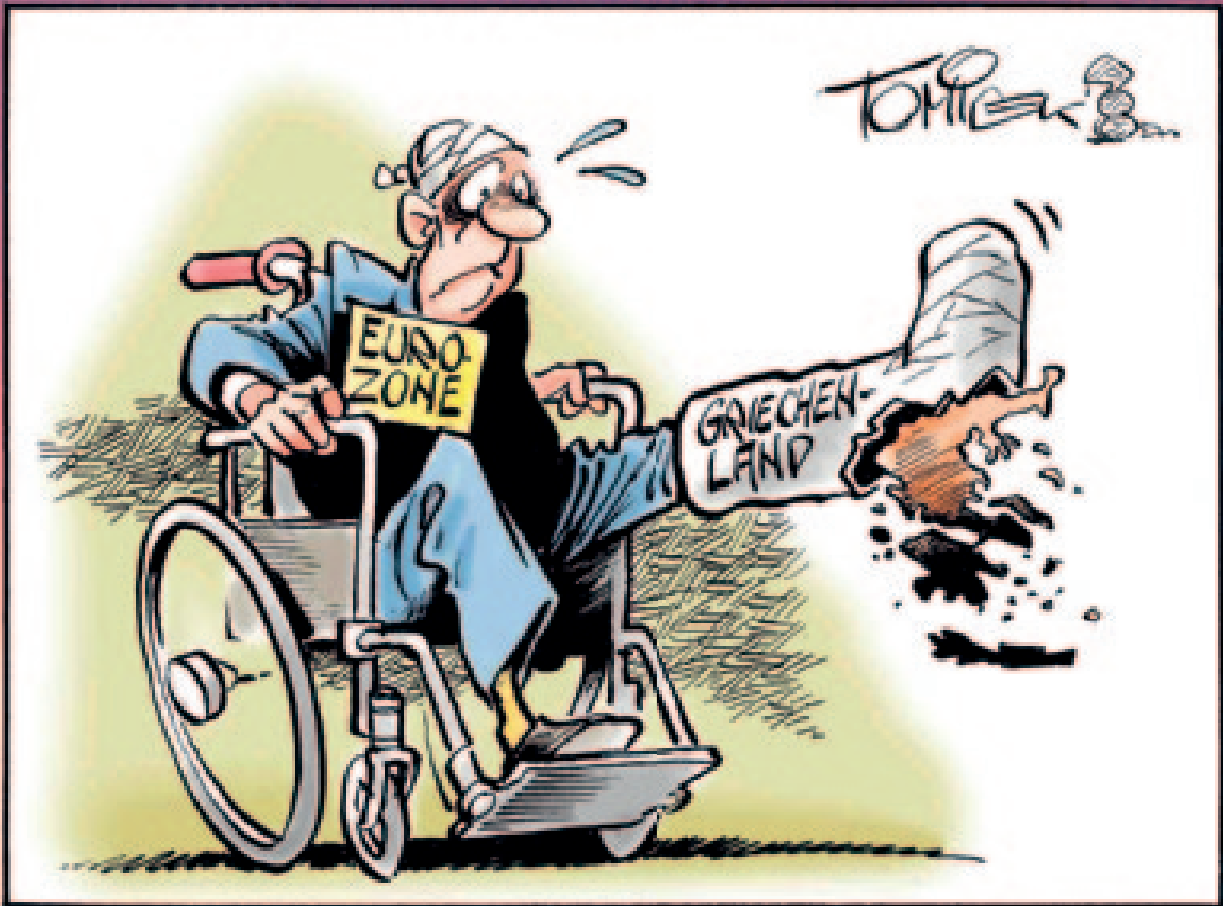
5 Euro, damit sie leben.
Retten Sie mit:
wwf.de



Schon mit 5 Euro im Monat schützen Sie das Leben und den Lebensraum der letzten 3.200 frei lebenden Tiger. Mehr Infos unter: wwf.de Einmalig spenden an den WWF: Konto 2000, Bank für Sozialwirtschaft Mainz, BLZ 550 205 00. Stichwort: Tiger. Oder per SMS*.

*Eine SMS kostet 5 Euro, davon gehen 4,83 Euro direkt an den WWF. Kein Abo; zzgl. Kosten für eine SMS.

Die Seite-4-Karikatur



Achillesferse

Weisheiten / Bosheiten

Keine Feindschaft pflegt heftiger zu sein als die unter entzweiten Freunden.

Adolph Freiherr von Knigge

Oft haben zwei, die sich schwer streiten, erstaunlich viel Gemeinsamkeiten.

Freunde sind ganz wunderbar und in aller Regel rar.

Was manche Feinde selbst nicht wagen, darf ein Freund uns manchmal sagen.

Kaum sagt man, was man ehrlich meint, macht man sich manchen Freund zum Feind.

Feinde sind, das ist nicht neu, oft länger als die Freunde treu.

In einer großen Fangemeinde verstecken sich stets zwei, drei Feinde.

Die Freunde nennen sich aufrichtig; die Feinde sind es.

Arthur Schopenhauer

Wenn einer ständig um Dich streunt, ist er noch lange nicht Dein Freund.

Freundschaft verbindet. Und sie prägt. Vor allem den, der Dich erträgt.

Mit freundlicher Genehmigung des Verlags Redline Wirtschaft, „Manager-Weisheiten, Manager-Bosheiten“

Die beste Lösung
ist manchmal ganz

EINFACH

das Beste für Ihr Unternehmen:
Beratung durch Ihren Steuer-
berater und Unternehmens-
software von DATEV.

Mit der Software DATEV Mittelstand pro werden viele kaufmännische Aufgaben im Unternehmen einfacher. Auch durch die clevere Verbindung zu Ihrem Steuerberater. Das erleichtert die gemeinsame Arbeit und bietet eine perfekte Basis für Ihren unternehmerischen Erfolg. Informieren Sie sich bei Ihrem Steuerberater oder unter der Telefonnummer 0800 1001116.

www.datev.de/mittelstand



Zukunft gestalten. Gemeinsam.



„Wie gehen Sie mit Schwächeren um?“

Ranga Yogeshwar,
Wissenschaftsjournalist

Sie sind stark!
www.misereor.de



MISEREOR
IHR HILFSWERK

Mit Zorn und Zärtlichkeit
an der Seite der Armen

Spendenkonto 10 10 10
Pax Bank · BLZ 370 601 93

Ja, bitte schicken Sie mir mehr
Informationen zu MISEREOR:

Name, Vorname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse

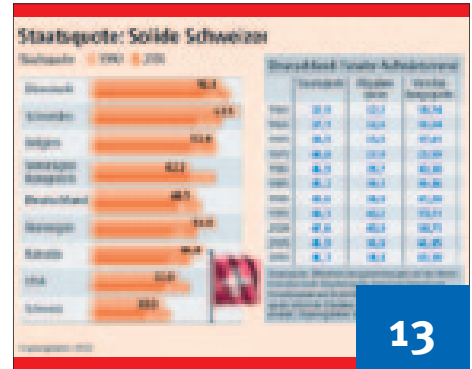
Den Coupon senden an:
MISEREOR, Mozartstr. 9, 52064 Aachen

6 ► INHALT



POLITIK

- 3 Editorial**
Hans Michelbach, CSU-MdB und Vorsitzender der bayerischen Mittelstands-Union, schreibt zur aktuellen Politik
- 4 Unsere Seite-4-Karikatur**
... ergänzt um nicht ganz ernst gemeinte Weisheiten und Bosheiten
- 8 Euro-Rettungsschirm: Fass ohne Boden?**
Der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier im Exklusiv-Interview
„Wir sollten keine Ausreden gelten lassen ... denn mit den Ergebnissen können wir nicht zufrieden sein“
- 10 Fehlende Sanktionen sind ein falsches Signal**
Prof. Dr. Patrick Sensburg über Anreize für eine solide Haushaltsführung in Europa
- 12 Schludrige Gesetzesarbeit?**
Durch das zum 1. Januar 2011 in Kraft getretene AMNOG (= Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz) werden die bisherigen Impferfolge leichtfertig aufs Spiel gesetzt, meint unser Autor
- 13 Mehr Staat – mehr Schulden**
Das Schuldendrama in Griechenland und die Haushaltskrise in den USA sind zwei prominente Beispiele dafür, welche einschneidenden Folgen es haben kann, wenn Staaten dauerhaft auf Pump leben



UNTERNEHMEN

- 14 Marketing für Kleinbetriebe**
Unternehmer, die sich nicht intensiv mit Werbung beschäftigen, verbrennen mangels Wissen viel Geld. Werbung ist mehr als einen Text zu schreiben und einem Anzeigenvertreter einen Auftrag zu erteilen
- 16 Einbruchschutz ist Chefsache**
Meister Ede macht auch vor Unternehmenstüren nicht halt. egal, ob am Ende nur die Kaffeekasse fehlt oder ob sämtliche Rechner verschwunden sind - nach einem Einbruch ist der Schaden oft groß. Schon mit einfachen Maßnahmen kann man finstere Gesellen wirksam abschrecken
- 20 Pokern um den Staatsvertrag**
Um den neuen Glücksspielstaatsvertrag läuft unter den 16 Bundesländern seit Monaten eine heftige Pokerpartie. 15 Bundesländer wollen die privaten Anbieter nahezu vom Markt drängen, um ihr staatliches (Einnahme-) Monopol zu erhalten, eines der kleinsten jedoch setzt auf mehr Liberalisierung und will den Markt noch weiter öffnen: Schleswig-Holstein
- 22 Happy Birthday www**
Vor 20 Jahren lud Tim Berners-Lee seine Kollegen in einem Diskussionsforum zum Anklicken eines Hyperlinks ein. Der britische Informatiker sorgte damit für einen Urknall in der Kommunikation. Denn er gilt als Erfinder des World Wide Web



16

SERVICE

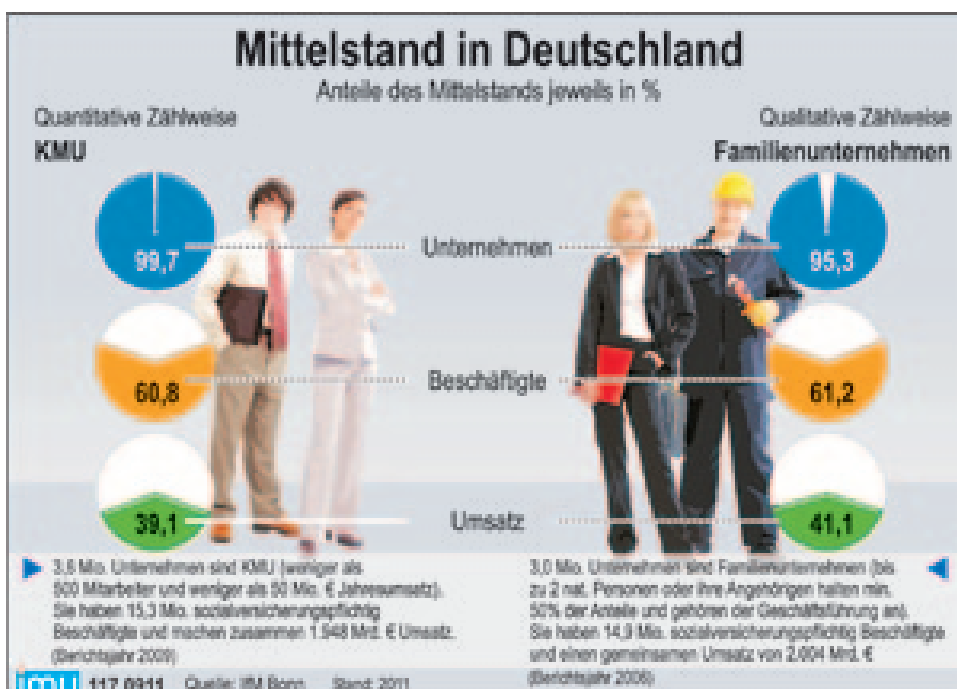
- 23 **Leserbriefe**
- 24 **Auto-Test**
Wir testeten für Sie zwei vergleichbare SUVs, den Opel Antara und den VW Tiguan
- 25 **Unsere Bücherseite**
... für Sie (quer-) gelesen von Günter F. Kohl
- 26 **Der Norden kocht**
Ein Gourmet-Festival lädt ein
- 27 **Bäckerhandwerk wehrt sich gegen Gängelung durch EU**
- 28 **Frühbucher, Spätbucher – was darf Werbung?**
Vorsicht bei Rabattaktionen
- 29 **Recht im Gespräch**
- 30 **Aktuelle Urteile**



32

MIT-INSIDE

- 31 **MU-Inside**
- 32 **Eine Wende, viele Fragen und noch mehr Kosten**
Energiepolitiker Dieter Bischoff zur Energiewende und deren Folgen
- 34 **Mittelstandspolitik in Europa**
MIT-Bundesschatzmeister und langjähriger Präsident der SME-Union, Peter Jungen, zieht eine Bilanz
- 35 **MIT-Inside**
- 37 **Glosse**
- 38 **Baustelle Berlin**
- 38 **Impressum**



JEDER-KANN-EIN-RETTER-SEIN.de

Jeden Tag sterben weltweit **5.000 Menschen** an Tuberkulose.

Jedes Jahr erkranken weltweit **250.000 Menschen** neu an Lepra.

Spendenkonto 96 96
BLZ 790 500 00

Mariannahillstr. 1c
97074 Würzburg
Tel: 0931 7948-0
E-Mail: info@dahw.de

Deutsches
Zentralinstitut
für soziale
Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:
Geprüft + Empfohlen

DAHW
Deutsche Lepra- und
Tuberkulosehilfe e.V.

„Wir sollten keine Ausreden gelten lassen ... denn mit den Ergebnissen können wir nicht zufrieden sein“

Der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier im Exklusiv-Interview

Volker Bouffier, Hessischer Ministerpräsident, zieht eine Bilanz seiner einjährigen Amtszeit

Herr Ministerpräsident, Sie sind seit gut einem Jahr im Amt? Wie läuft's denn in Hessen?

Volker Bouffier: Unsere Koalition von CDU und FDP ist stabil, arbeitet engagiert und berechenbar, wir machen eine bürgerorientierte und pragmatische Sachpolitik. Ich denke, das merken die Menschen in Hessen auch, und diese erfolgreiche Arbeit werden wir auch so fortsetzen. Das vergangene Jahr hatte zahlreiche große Momente und Herausforderungen, aber wir haben unser Land weiter nach vorne gebracht. Mit der Aufnahme der Schuldenbremse in die Hessische Verfassung sind wir einen großen Schritt in diese Richtung gegangen. Wir haben den Energiegipfel ins Leben gerufen und ein neues Schulgesetz auf den Weg gebracht. Noch nie waren in Hessen so viele Menschen erwerbstätig, obwohl auch wir nicht von der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit der Nachkriegszeit verschont geblieben sind.

In einem prosperierenden Bundesland wie Hessen spielt der Mittelstand eine besondere Rolle – wie steht's um ihn?

Bouffier: Zunächst einmal ist zu sagen, dass die wirtschaftliche Situation in Hessen hervorragend ist. Hessen hat aktuell die höchste Zahl an Arbeitsstellen in der Geschichte des Landes, wir haben mehr Lehrstellen als Bewerber. Die hessische Wirtschaft brummt, sie ist Mitte 2011 mit einem erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt von 225 Milliarden Euro wieder auf Vorkrisenniveau angelangt. Mit dieser Wirtschaftskraft nimmt Hessen, auf die Zahl der Erwerbstätigen umgerechnet, wieder mit deutlichem Abstand einen ersten Platz unter den Flächenländern ein. Dies ist auch das Ergebnis einer umsichtigen und planvollen Wirtschaftspolitik, wie etwa dem Hessischen Sonderinvestitionsprogramm, das dazu beigetragen hat, Hessen sicher durch die Wirtschafts- und Finanzkrise zu bringen. Der hessische Mittelstand schließlich nimmt hier eine herausragende Rolle ein, ist er doch Jobmotor und Ausbilder Nr. 1 in unserem Bundesland. Rund 60 Prozent der Arbeitsplätze und über 70 Prozent der Ausbildungsplätze sind bei kleinen und mittleren Unternehmen angesiedelt. Man kann ohne Übertreibung sagen, der Mittelstand ist das Rückgrat der hessischen Wirtschaft.

Wie bewältigt Hessen die Energiewende? Planen Sie beschleunigt Stromtrassen, den Ausbau der Windenergie sowie Biogas- und Photovoltaik-Anlagen?

Bouffier: Nach den Ereignissen in Fukushima habe ich den Hessischen Energiegipfel unter Teilnahme aller Fraktionen des Hessischen Landtags sowie Vertretern aus Wirtschaft, Gesellschaft und Verbänden ins Leben gerufen. Dies ist in der Bundesrepublik einzigartig. Bei der Frage, wie die Energieversorgung in Zukunft aussehen soll, setzen wir auf einen Konsens in Gesellschaft und Politik. Grundsätzlich gilt: Die Energieversorgung der Zukunft soll sauber, sicher, bezahlbar und von der Gesellschaft akzeptiert gestaltet werden. Seit Fukushima besteht ein breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens, dass dieser Energiemix so schnell wie möglich ohne Kernkraft auskommen soll. Die größere Aufgabe ist es doch, den Umbau zu gestalten. Dabei müssen sowohl ökologische, als auch ökonomische Aspekte berücksichtigt werden. Denn: Ausgangspunkt aller Überlegungen muss die Energiesicherheit und die Bezahlbarkeit sein. Hessen muss ein starkes Industrie- und Dienstleis-

tungsland bleiben, nur so werden wir Arbeitsplätze sichern und unseren Wohlstand erhalten können.

Wenn Sie sich im Kreis der Länderchefs umsehen und feststellen, dass bei Ihren Unions-Kollegen ein beträchtlicher Schwund eingesetzt hat, wie ist Ihnen dann zu Mute?

Bouffier: Hierfür gibt es ja unterschiedliche Gründe. Während in Hamburg die Schule das ausschlaggebende Thema war, hat bei der Wahl in Baden-Württemberg Fukushima einen erheblichen Einfluss gehabt. Ich bin daher guten Mutes, dass die Ergebnisse bei den nächsten Wahlen schon wieder anders aussehen. Wahr ist aber auch: wir sollten keine Ausreden gelten lassen, denn mit den Ergebnissen können wir nicht zufrieden sein.

Das Ansehen der Bundes-Union bei Wählern und Mitgliedern ist im Augenblick nicht das Beste? In einer solchen Lage heißt es immer, man müsse die eigene Politik den Menschen besser erklären. Aber vielleicht liegt es ja auch an der Politik selbst?

Bouffier: Ich habe schon immer gesagt, dass man den Menschen genauer erklären muss, warum wir was machen. Man muss sie abholen und darlegen, dass man diese oder jene Politik macht, weil man sie für richtig hält und warum man sie für richtig hält. Da müssen wir noch besser werden.

Nach dem blamablen Abschneiden der Berliner Koalition aus Union und FDP in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin vermisst man einen Ruck, ein „mea culpa“. Gewöhnt man sich nach zwei Dutzend verlorenen Wahlen allmählich an so was?

Bouffier: Nein, natürlich nicht. In Berlin hat die CDU ja sogar hinzugewinnen können. Trotzdem kann man damit nicht zufrieden sein, muss aber, wie ich eingangs schon darlegte, immer aktuelle Themen berücksichtigen, die durchaus auch ein-

mal nur lokalen Charakter haben können und die Grundstimmung im jeweiligen Land beeinflussen. Es bleibt eine Frage der Stimmung; zudem ist der Bundestrend gegenläufig. Die Debatte um den Euro hat diesen Trend auch beherrscht.

Sie bezeichnen ihre eigene Regierungspolitik als „dynamisch, entschlossen und verlässlich“. Wäre das nicht auch ein Rezept für Berlin?

Bouffier: Natürlich, aber bei allem Selbstbewusstsein: die Bundesregierung hat noch einige andere Aufgabenstellungen zu bewältigen und zu lösen als wir in Hessen auf Landesebene. Dass dabei die Unterschiede zwischen den Beteiligten vielleicht stärker in die öffentliche Wahrnehmung geraten, ist ein Stück weit normal.

Sie haben sich mehrfach sehr akzentuiert zur europäischen Schuldenkrise geäußert. Rückt nach Ihrer Einschätzung das Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro-Verbund näher?

Bouffier: Europa ist ein Jahrhundert- und Friedensprojekt, das wir nicht kleinreden dürfen. Die griechische Regierung unternimmt enorme Anstrengungen, um die Staatsfinanzen wieder in den Griff zu bekommen – das braucht Zeit. Aber ich werde ebenso unsere Interessen, die gleichzeitig europäische Interessen sind, vertreten. Die Situation, in der wir uns jetzt befinden, war noch nie da, hat historische Dimensionen. Aber die CDU hat sich auch und gerade in Krisenzeiten stets als verlässlich bewährt. Nun gilt es, etwas auf den Weg zu bringen, dass sich auch beherrschen lässt. Fakt ist doch, dass die Diskussion um den Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone eine sehr theoretische ist, denn ein entsprechendes Regelwerk gibt es noch gar nicht. Dies soll jetzt beschlossen werden, denn nur mit entsprechenden Regeln können wir dann auch Sanktionen festlegen.

Die Fragen stellte Günter F. Kohl



Volker Bouffier

Hessischer Ministerpräsident
seit 31.8.2010

Geboren am 18. Dezember 1951 in
Gießen, evangelisch, verheiratet und
drei Kinder

1970

Abitur in Gießen

1970 – 1975

Studium der Rechtswissenschaften
an der Universität Gießen;
Erste (1975) und zweite (1977)
Juristische Staatsprüfung

1975 – 1978

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am
Lehrstuhl für Öffentliches Recht
Universität Gießen

1978 – 1987

Rechtsanwalt und Notar in Gießen

seit 1978

Mitglied im Landesvorstand der CDU
Hessen, 1991 - 2010 stellv. Landesvor-
sitzender der CDU-Hessen, seit 2010
Landesvorsitzender

1979 – 1993

Stadtverordneter in Gießen

1979 – 1999

Mitglied im Kreistag des Landkreises
Gießen

1982 – 1987

Mitglied des Hessischen Landtags
und seit 1991

1987 – 1991

Staatssekretär im Hessischen
Ministerium der Justiz

1999 – 2010

Hessischer Minister des Innern und
für Sport

seit 2010

stellvertretender Vorsitzender der
CDU Deutschlands



MIT-Magazin-
Chefredakteur
Günter Kohl
im Gespräch mit
Volker Bouffier

Fehlende Sanktionen sind ein falsches Signal

MITGLIEDSTAATEN BRAUCHEN ANREIZE FÜR EINE SOLIDE HAUSHALTSFÜHRUNG

Von Patrick Sensburg, MdB

Ende dieses Monats steht im Bundestag die Abstimmung über Änderungen am Euro-Rettungsschirm und ein zweites Hilfspaket für Griechenland auf der Agenda. Die Abstimmung bewegte über Wochen nicht nur die politische Landschaft, sondern zu Recht auch die Gemüter vieler Bürger.

Aufstockung auf 780 Milliarden Euro

Worum geht es genau? Nachdem nicht nur Griechenland, sondern auch Portugal, Spanien und Irland in eine wirtschaftliche Schieflage gerieten, beschlossen die europäischen Staats- und Regierungschefs im Mai 2010, einen Rettungsschirm für die Eurozone einzurichten - die „Europäische Finanzstabilisierungsfazilität“ (EFSF). Sie kann an alle Euro-Staaten Kredite vergeben, befristet bis 2013 und in einer Gesamthöhe von insgesamt 440 Milliarden Euro. Um diese zugesagten Mittel auch tatsächlich ausleihen zu können, soll nun der Garantierahmen auf 780 Mrd. Euro erhöht werden. Der deutsche Gewährleistungsanteil würde damit von 123 auf 211 Mrd. Euro steigen. Weiterhin sollen die Kompetenzen des EFSF und des nachfolgenden, dauerhaften ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) erweitert werden. Sie dürfen künftig vorbeugend tätig werden, Banken auch in Ländern außerhalb des Rettungsschirms stützen und alte Staatsschulden aufkaufen.

Sparziele verfehlt?

Nun aber zu Griechenland: Das im Vorfeld der Rettungsschirme an die Griechen gezahlte Hilfspaket wurde aus bilateralen Krediten finanziert.

Die Auszahlung der einzelnen Kredittranchen ist mit strengen Sparauflagen verbunden. Nur wenn die Regierung die vereinbarten Ziele erreicht und eine Rückführung des Kapitalflusses wahrscheinlich ist, gibt es jeweils die nächste Tranche aus dem Topf.

Während Irland und Portugal erfolgreich daran arbeiten, ihre Haushalte zu konsolidieren, sieht die Lage in Griechenland am heutigen Tag nicht besser aus. Nachrichten, wie die Unterbrechung der bilateralen Gespräche zwischen der Troika aus EU-Kommission, IWF und Europäischer Zentralbank auf der einen, und Griechenland auf der anderen Seite, waren Rückschläge für die Rettungsbemühungen. Trotz der bisher erhaltenen EU-Milliarden steht zu befürchten, dass die Griechen ihre Sparziele verfehlen und die Privatisierungserlöse nicht so hoch sind, wie kalkuliert.



Prof. Dr. Patrick Sensburg (40) ist direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Hochsauerlandkreis (NRW), Mitglied der MIT und des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion

Für Griechenland ist nun ein erneutes Hilfsprogramm in Höhe von 109 Milliarden geplant, das aus dem EFSF gespeist werden soll. Doch angesichts der aktuellen Lage ist fraglich, ob der aufgestockte Rettungsschirm und das darin enthaltene neue Griechenlandpaket die Haushaltskrise nachhaltig lösen können. Beide Maßnahmen bekämpfen nicht die Ursachen, welche die Euroländer überhaupt erst in die Krise geführt haben – nämlich die starke Verschuldung der Staatshaushalte und ein Mangel an Budgetdisziplin.

Griechenland braucht einen Entschiedenen Schuldenschnitt

Griechenland braucht einen entschiedenen Schuldenschnitt und einen „Marshallplan“ für seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau. Als Ultima Ratio darf auch ein zeitweiser Austritt des Landes aus der Eurozone nicht ausgeschlossen werden. Fehlende Sanktionen sind ein falsches Signal an andere Staaten, die selbst mit einem defizitären Haushalt ringen. „Die EU zahlt ohnehin“ darf nicht die Lehre aus der Eurokrise sein.

Natürlich ist die EU mehr als der Binnenmarkt, sie ist eine Solidargemeinschaft. Daher ist es genau jetzt so wichtig, zu den richtigen Maßnahmen zu greifen, um die ins Straucheln geratenen Mitgliedstaaten nachhaltig zu stützen und verkrustete Strukturen zu reformieren. Wir müssen eine Stabilitätskultur etablieren, die trägt! Gemeinsam müssen alle Anstrengungen unternommen werden, die Staatsverschuldungen zu reduzieren, die Wirtschaftspolitik wirksam zu koordinieren und den Finanzmarkt gemeinsam zu stabilisieren. Werden die Kriterien des Stabilitätspaktes von einem Land dauerhaft nicht erfüllt, müssen Sanktionen die Folge sein. Gerät ein Land trotzdem in die Krise kann und soll der EFSF greifen, soll „Notfallhilfe“ leisten. Ergreift ein Staat auch dann nicht die nötigen Maßnahmen, muss als letztes Mittel die externe Abwertung stehen.



**TÜV Rheinland denkt wie
Vodafone: Sicher ist sicher.**

Vodafone garantiert dem TÜV Rheinland mobil
und vor Ort maximalen Schutz für sensible Daten.
Schalten auch Sie Ihr Business auf Erfolg.

power to you



Constantin Kontargyris
Group Chief Information Officer
TÜV Rheinland AG

Von Klaus H. Kober

Impfungen gehören zu den wirksamsten Vorsorgemaßnahmen einer modernen, medizinischen Versorgung. Schweren Erkrankungen wie Meningokokken C, Pneumokokken, Influenza oder Masern kann wirksam vorgebeugt werden. Der Gesetzgeber hat daher, mit dem Ziel, die Impfraten zu erhöhen, Impfungen 2007 zur Pflichtleistung gemacht. Infektionsschutz ist in Deutschland demnach staatliche Aufgabe. Durch das zum 1. Januar 2011 in Kraft getretene AMNOG (= Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz) werden diese Erfolge allerdings leichtfertig aufs Spiel gesetzt.

Die politische Vorgabe

Durch erneute Zwangsrabatte und das Ende der freien Preisbildung bei Innovationen sollen bei den Arzneimittelausgaben 2,3 Mrd. EUR eingespart werden. Impfstoffe unterliegen dabei erstmals einem Zwangsrabatt, der sich an einem europäischen Referenzpreis orientiert. Die äußerst ambitionierte Einsparvorgabe von jährlich 300 Millionen EUR bei den Ausgaben für Impfstoffe wurde durch Ex-Gesundheitsminister Rösler vorgegeben, obwohl deren Anteil an den gesamten Arzneimittelausgaben lediglich 0,6 Prozent beträgt, was etwa einer Mrd. EUR entspricht.

Die Umsetzung

Das erstmals in Deutschland angewandte Referenzpreisverfahren gibt vor, dass die Impfstoffhersteller zukünftig einen Rabatt zu einzuräumen haben, der die Differenz zum europäischen Durchschnittspreis je Mengeneinheit, der sich aus den tatsächlich gültigen Abgabepreisen des pharmazeutischen Unternehmers „in den vier Mitgliedsstaaten der Europäischen Union mit den am nächsten kommenden Bruttonationaleinkommen, gewichtet nach den jeweiligen Umsätzen und Kaufkraftparitäten“, ergibt, darstellt.

Schludrige Gesetzesarbeit irritiert Hersteller, Ärzte und Apotheker



Durch das zum 1. Januar 2011 in Kraft getretene AMNOG (= Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz) werden die bisherigen Impferfolge leichtfertig aufs Spiel gesetzt

Die Umsetzung des Gesetzes bereitet allerdings massive Probleme, da vom Gesetzgeber wesentliche volkswirtschaftliche und rechtliche Parameter schlichtweg ignoriert wurden! Ungeklärt ist, was „tatsächlich gültige Abgabepreise“ sein sollen. Fakt ist: sowohl das europäische als auch nationale Wettbewerbs- und Vergaberecht widersprechen einer Offenlegung von vertraulich vereinbarten Preisen im Rahmen von Verträgen. Demnach besteht seitens des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen gegenüber den Herstellern keinerlei Rechtsanspruch auf diese Informationen.

Bezüglich der Berechnung von „Kaufkraftparitäten“ hätte z. B. festgelegt werden müssen: welcher Warenkorb soll Verwendung finden; national,

international? Einbeziehung von Bruttoinlandsprodukt je Einwohner und Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen, Berücksichtigung der Demographiekoeffizienten. Zusätzlich müssten alle systembedingten Kosten der einzelnen Staaten auf die Impfstoffpreise sauber erfasst und herausgerechnet werden. Darunter zählen z. B. unterschiedliche Mehrwertsteuersätze, Logistikkosten, Besonderheiten von Tendermärkten usw.

Festzustellen ist des Weiteren, dass Generikahersteller und Parallelimporteure in der Regel von Abschlägen befreit sind, da ihre Produkte nur in einem Land angeboten werden. Daraus resultiert ein Wettbewerbsnachteil der forschenden Impfstoffhersteller.

Da schlussendlich keiner der Beteiligten über ein valides Modell zur Berechnung von Kaufkraftparitäten bzw. Referenzpreisen verfügt, war das heillose Durcheinander vorprogrammiert, mit der Folge einer hohen Verunsicherung der Ärzte, Apotheken, Patienten und Hersteller und weiter sinkenden Impfraten. Die Konsequenz: anstatt wie beabsichtigt die Impfraten zu steigern, gehen diese weiterhin regelmäßig zurück. Die Masernepidemie vor Ostern in Baden-Württemberg und ein toter Schüler in Bayern müssten nicht sein.

Fazit:

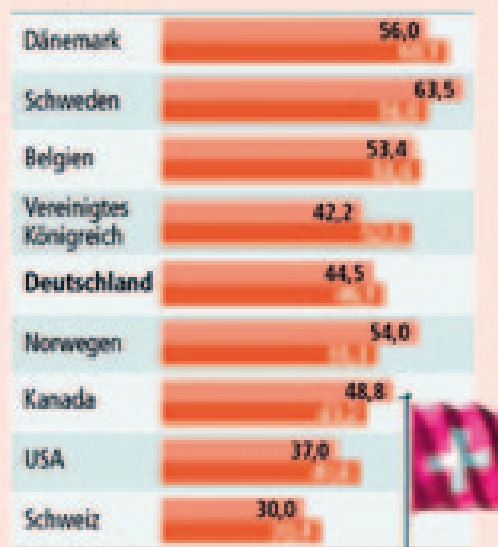
Alternativ zu staatlich sanktionierten Preisen auf der Basis einer Preisbildung, die von den Institutionen aus den genannten Gründen nicht beherrscht wird, sollte vielmehr den Herstellern die Möglichkeit gegeben werden, mit den Krankenkassen auf dem Verhandlungsweg entsprechende Vereinbarungen zu erzielen, die es ihnen weiterhin interessant erscheinen lassen, den deutschen Markt prioritär zu bedienen. Idealerweise sollten diese Verhandlungen auch entsprechende Vereinbarungen zu Versorgungszielen beinhalten, so hätten auch die Ergebnisse der 2. Nationalen Impfkongferenz eine Chance, realisiert zu werden.

GRIECHENLAND
LÄSST GRÜSSEN

Mehr Staat, mehr Schulden

Staatsquote: Solide Schweizer

Staatsquote 1990 2010



Ursprungsdaten: OECD

Deutschland: Fataler Aufwärtstrend

Jahr	Staatsquote	Abgabenquote	Verschuldungsquote
1960	32,9	32,2	18,74
1965	37,1	32,9	19,04
1970	38,5	33,5	17,81
1975	48,8	37,9	23,59
1980	46,9	39,7	30,30
1985	45,2	39,2	39,46
1990	43,6	38,0	41,20
1995	48,1	40,2	55,11
2000	47,6	40,0	58,71
2005	46,9	36,8	66,45
2010	46,7	38,4	83,20

Staatsquote: Öffentliche Ausgaben bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, Abgabenquote: Anteil von Steuern und Sozialabgaben am Bruttoinlandsprodukt, Verschuldungsquote: Anteil der Schulden des Staates am Bruttoinlandsprodukt. Ursprungsquellen: Bundesministerium der Finanzen

Institut der deutschen
Wirtschaft (idw)

Das Schuldendrama in Griechenland und die Haushaltskrise in den USA sind zwei prominente Beispiele dafür, welche einschneidenden Folgen es haben kann, wenn Staaten dauerhaft auf Pump leben. Zwar sind die ausufernden Staatsschulden auch eine Folge der weltweiten Wirtschaftskrise. Das grundsätzliche Problem besteht jedoch schon seit Jahrzehnten.

Vor knapp 150 Jahren formulierte der deutsche Ökonom Adolph Wagner „das Gesetz des wachsenden Staatsbedarfs“. Ein Blick in die Statistik zeigt, dass er recht behalten sollte: Ob in absoluten Zahlen gerechnet oder als Anteil an der Wirtschaftsleistung – in vielen Ländern erreichen die Staatsausgaben Jahr für Jahr neue Rekorde.

Folglich muss ein immer größerer Teil der privaten Wertschöpfung in Form von Steuern und Abgaben an den Staat fließen, damit der seine Ausgaben finanzieren kann. Reichen diese Einnahmen nicht aus, bleibt nur die Fremdfinanzierung über den Kapitalmarkt – also eine steigende

Staatsverschuldung. In diesem Teufelskreis ist auch Deutschland schon lange gefangen (siehe Grafik).

Die deutsche Staatsquote stieg etwa von 1960 bis 1990 um mehr als zehn Prozentpunkte. Gleichzeitig legte die Abgabenquote um knapp sechs Prozentpunkte zu, die Verschuldungsquote um mehr als 22 Punkte. Für die jüngere Vergangenheit zeigt der weltweite Vergleich allerdings ein differenziertes Bild: Zahlreiche Länder schraubten ihre Staatsquoten von 1990 bis 2010 weiter nach oben. In Schweden, Norwegen und Kanada hat der Staat hingegen den Rückzug angetreten.

Zwar verzerren die in der Wirtschaftskrise aufgelegten Konjunkturprogramme den Befund. Doch selbst jetzt, da es zumindest Deutschland wirtschaftlich wieder besser geht, neigen manche Politiker dazu, eher mehr Geld auszugeben als entschlossen zu sparen. Dabei wäre genau das nötig – denn die Staatsverschuldung ist sowohl aus ökonomischer als auch aus institutioneller Sicht höchst problematisch: Deutschland war 2010 mit mehr als 83 Prozent des BIP

verschuldet – laut Vertrag von Maastricht sind aber höchstens 60 Prozent erlaubt.

Dass Finanzminister Schäuble zumindest die Neuverschuldung ab 2013 wieder unter die Maastricht-Vorgabe von drei Prozent des BIP drücken will, ist zwar gut und richtig. Doch selbst wenn es gelingt, die Neuverschuldung von rund 48 Milliarden Euro im laufenden Jahr auf knapp 15 Milliarden Euro im Jahr 2015 zu senken – die gesamte Staatsverschuldung ist dann laut Finanzplanung immer noch 15 Prozentpunkte höher als erlaubt.

Schlimmer noch: Der Kredithunger des Staates verdrängt private Unternehmen vom Kapitalmarkt und verhindert so, dass Firmen investieren und wettbewerbsfähig bleiben – Griechenland lässt grüßen.

Quelle: Institut der deutschen
Wirtschaft (idw)



Foto: Ptopia

Wie gut ist Ihre Werbung?

Gute Werbung geht anders: wir sagen Ihnen, wie

Von Hans-Jürgen Borchardt

Unternehmer, die sich nicht intensiv mit Werbung beschäftigen, verbrennen mangels Wissen viel Geld. Werbung ist mehr als einen Text zu schreiben und einem Anzeigenvertreter einen Auftrag zu erteilen. Wenn Sie wissen wollen, wie gut Ihre Werbung ist, haben Sie hier die Möglichkeit der Kontrolle.

Wenn das unternehmerische Konzept keine Alleinstellung beinhaltet, ist die Entwicklung eines Werbekonzeptes deutlich schwerer, denn was soll über das Unternehmen, die Leistungen, die Produkte gesagt werden, wenn nichts Besonderes geboten wird?

In einer derartigen Situation muss über die Werbung eine Differenzierung, ein Unter-

schied, geschaffen werden. Beispiele: „Geiz ist geil“, „Leistung aus Leidenschaft“, „Bitte ein Bit“, „Lila Schokolade“ etc.

Das Werbekonzept hat die Aufgabe, die Idee des Unternehmenskonzeptes den Zielpersonen unverwechselbar zu vermitteln. Das setzt voraus, dass die Idee in eine kurze Aussage, Schlagzeile zusammengefasst wird. Beispiele: Wenn besondere Beratungsleistungen geboten werden, könnte die Schlagzeile lauten: „Wir denken, bevor wir arbeiten“. (Subline: Es gibt nichts, was man nicht besser machen könnte)

Oder wenn besondere Serviceleistungen geboten werden: „Bei uns gibt es keine Standardleistungen“. (Subline: Wir sind Perfektionisten)

Oder bei Montage- und Einbauleistungen: „Wir realisieren außergewöhnliche Ideen“. (Subline: Unser Know-how ist grenzenlos)

Was zeichnet also gute Werbung aus?

In der gängigen (Fach-)Literatur wird immer davon gesprochen, dass die Werbung fünf Bedingungen erfüllen muss. Besser ist, wenn die Werbung die folgenden zehn Bedingungen erfüllt:

1. Werbung muss glaubwürdig sein.

Wenn konkrete Leistungsversprechen gegeben werden, müssen diese auch eingehalten werden. Wenn z. B. eine Schreinerei, die sich auf den Innenausbau spezialisiert hat, sagt: „Wir denken, bevor wir arbeiten“, muss sie ihre Aussage auch durch ihre Beratungsleistungen und einen effizienten Arbeitsablauf entsprechend einhalten.

2. Werbung muss auffallen

Je auffälliger und ungewöhnlicher die Werbung ist, desto schneller setzt sie sich durch. Da kleine Unternehmen im Normalfall keine teuren Profis einsetzen können, müssen sie sich intensiv mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zur Differenzierung auseinandersetzen. Das sind:

- 2.1** Text (Was soll wie gesagt werden? Je ungewöhnlicher sie sind, umso mehr fallen sie auf.)
- 2.2** Typografie (Wie wird der Text gestaltet, groß, klein, diagonal, farbig etc.)
- 2.3** Farbe (Farbe ist eines der wichtigsten Gestaltungsmittel und prägt sich sehr schnell ein, besonders dann, wenn sie auffällig ist.)
- 2.4** Gestaltung (Die Gestaltung muss sowohl dem Inhalt entsprechen, als auch die Akzeptanz in der Zielgruppe finden. Werbung muss den Zielpersonen gefallen, nicht dem Werber)
- 2.5** Präsentation (Wann, wo und wie man sich darstellt.) Auch hier gibt es viele Möglichkeiten sich ungewöhnlich darzustellen oder einen Flop zu landen.

3. Werbung muss verständlich sein

Kleinere Unternehmen haben im Allgemeinen verständliche Aussagen. Aber es kommt immer wieder vor – auch bei den „Großen“, dass ihre Generalaussagen missverständlich sind oder nicht verstanden werden. Eine der bekanntesten „Irreführungen“ war der ehemalige Slogan der Parfümeriekette Douglas, die sagte: „Come in and find out“.

4. Werbung muss merkfähig sein, sich im Gedächtnis verankern

Werbung, die anders ist als die der Wettbewerber, erfüllt bereits die erste Grundbedingung für eine gute Merkfähigkeit. Die zweite Grundbedingung ist die einfache Sprache. Je mehr z. B. ein Slogan von der Lesbarkeit und von der Phonetik dem Sprachgebrauch entspricht, desto leichter kann man sich ihn merken.

5. Werbung muss, so sagen die Profis, für die Empfänger relevant sein

Mit anderen Worten, die Informationen müssen für die Empfänger wichtig sein, d. h. in den Aussagen müssen die Vorteile, die das Unternehmen bietet und den Nutzen, den die Kunden haben, eindeutig erkennbar sein. „*Der Wurm muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler!*“

6. Werbung soll Nachfrage auslösen

Im Normalfall soll Werbung Handlungen auslösen, d. h. ein bestimmtes Produkt oder eine konkrete Leistung vorverkaufen. Deshalb arbeiten die Profis bei der Textgestaltung nach der **AIDA** Formel, das bedeutet, **A**ttention steht für das Wecken der Aufmerksamkeit **I**nterest steht für das Auslösen von Interesse **D**esire steht für das Wecken des Besitzwunsches **A**ction steht für Aktion, Handlungsauslösung

7. Werbung sollte eine gewisse Aggressivität beinhalten

Ein gutes Beispiel ist der Slogan von Media Markt: „Geiz ist geil“. Als Media Markt diese Aussage vor Jahren kreierte, war sie Gesprächsstoff, und es wurde darüber in den Medien geschrieben, ob so eine Aussage ethisch und sprachlich verwendet werden sollte. Würde die Aussage lauten: „Sparen macht Spaß“ wäre das inhaltlich das Gleiche, aber kaum auffallen und hätte auch keine Resonanz im Markt ausgelöst.

8. Werbung muss die Philosophie des Unternehmens transportieren

Eine Aufgabe der Werbung ist es, in allen Werbemitteln und in allen Informationsstufen das Geschäftskonzept und den damit verbundenen Leitgedanken des Unternehmens verständlich darzustellen. Es darf nicht passieren, dass in den Internetseiten ein anderer Argumentationsschwerpunkt vorhanden ist als in der Direktwerbung, im Flyer oder in der Anzeige. Nur wenn die Grundargumentation durchgängig identisch ist, kann sich der Leistungsvorteil, das Image bei den Kunden im Markt verfestigen.

9. Werbung muss kontinuierlich sein

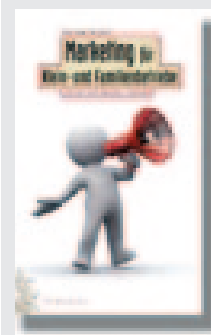
„Der stete Tropfen höhlt den Stein“ sagt ein Sprichwort. Ebenso ist es mit der

Werbung. Es ist falsch „einmal zu klotzen“ sondern bei der Werbung gilt, „kleckern ist besser als klotzen“. Die permanente Wiederholung in klein(st)er Form, schafft im Laufe der Zeit einen hohen Erinnerungswert. Untersuchungen belegen, dass „große“ Werbeaktivitäten zwar schnell einen hohen Bekanntheitsgrad schaffen, dieser sich aber innerhalb kurzer Zeit wieder abbaut.

10. Werbung muss unverwechselbar sein

Hier werden von vielen kleinen Unternehmen – insbesondere Handwerksbetrieben- viele Fehler gemacht. So glauben viele Handwerker, dass sie auf ihre Standessymbole, wie z. B. Blitz für Elektrofirmen, Hobel für Tischlereien und Schreinerereien, Kamm und Schere für Frisöre usw. nicht verzichten können. Aber das ist ein schwer zu korrigierender Fehler. Wenn mit Zeichen und Symbolen gearbeitet wird, die zig andere auch benutzen, werden die Voraussetzungen zur Unterscheidung stark eingeschränkt.

Marketing für Klein- und Familienbetriebe



Marketing ist so alt ist, wie es Handwerk, Handel und Dienstleistung gibt, denn Marketing bedeutet seit Urzeiten, die Wünsche der Kunden bestmöglich zu erfüllen. Entsprechend einfach ist

die Umsetzung aller Marketingaktivitäten für Kleinbetriebe.

Das heutige Marketing wurde für Großunternehmen entwickelt und ist für Kleinbetriebe nicht verwendbar. Kleinbetriebe haben andere und zum Teil deutlich bessere Bedingungen als die Großbetriebe. Das Problem ist fast immer, sie kennen diese nicht.

Marketing für Klein- und Familienbetriebe
ISBN 978-3-89578-349-4
Hardcover, 235 Seiten, Preis 24,95

Schnell rein, schnell raus

Foto: Bilderbox

„Einbruchschutz ist Chefsache“, betont Kriminalrat Schmidt. Unternehmer sollten also das ganze Team mit einbeziehen und für die Problematik sensibilisieren

Von Silke Becker

Meister Ede macht auch vor Unternehmenstüren nicht halt. Egal, ob am Ende nur die Kaffeekasse fehlt oder ob sämtliche Rechner verschwunden sind - nach einem Einbruch ist der Schaden oft groß. Schon mit einfachen Maßnahmen kann man finstere Gesellen wirksam abschrecken.

Elegant und trickreich einen millionenschweren Tresor ausrauben, so wie es Brad Pitt, Matt Damon und die anderen Mitglieder der Nobel-Gang von George Clooney alias Danny Ocean machen, vielleicht ist dies ein leuchtendes Vorbild hiesiger Krimineller. Doch gepflegte Gentleman-Ganoven, die selbst komplizierteste Sicherungssysteme clever austricksen und am Ende mit lässigem Gesichtsausdruck Millionen erbeuten - das hat mit den meisten Einbrüchen in Unternehmen nur wenig zu tun.

„Es ist ein Klischee, dass es sich bei Einbrechern immer um hochspezialisierte Profis handelt“, weiß Harald Schmidt, Geschäftsführer Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes in Stuttgart. „Tatsächlich gibt es viele Gelegenheits-täter.“ Nicht selten handelt es sich dabei um Beschaffungskriminalität, etwa von Drogenabhängigen, die auf der Suche nach einer guten Gelegenheit durch die Straßen streifen. Natürlich gibt es auch organisierte Banden, die tendenziell etwas professioneller vorgehen. „Solche Banden sind oft auch erheblich brutaler als Einzeltäter“, so der Kriminalrat.

Es kann jeden treffen

Aktuell sind die Einbruchzahlen zwar leicht rückläufig, dennoch wurden nach Angaben der Polizeilichen Kriminalstatistik 2010 alleine in Dienst-, Büro-, Fabrikations-, Werkstatt- und Lagerräumen insgesamt 98.923 Einbrüche gezählt - dazu kommen noch die 6.861 Kioske, 48.105 Ladengeschäfte und die 28.178 Hotels und Gaststätten, die von Kriminellen ausgeräumt wurden.

Besondere Branchenvorlieben haben die Einbrecher nicht. Egal ob Kiosk oder Rechtsanwalt, Handwerksbetrieb oder Lagerhalle, eingebrochen wird überall. „Es kann jeden treffen“, erklärt Schmidt. Das Ziel der finsternen Gesellen ist immer dassel-

be: Möglichst schnell und unauffällig Beute zu machen und anschließend unerkant zu verschwinden. „Die Täter suchen in erster Linie Bargeld wie beispielsweise die Kaffeekasse oder Wertgegenstände, die sich problemlos zu Geld machen lassen“, so der Experte. Vereinfacht gesagt, ist ein PC für 1.200 Euro attraktiver als ein Picasso für 1,2 Millionen, weil man den auf dem Schwarzmarkt nur schwer verkauft bekommt.

Sachschäden oft hoch

Überhaupt ist der Wert der entwendeten Gegenstände oft erstaunlich gering. 2009 wurden nach Angaben der Polizeilichen Kriminalstatistik bei knapp 70.000 vollendeten Einbrüchen (ohne Einbruchversuche) Gegenstände im Wert von insgesamt gut 210 Millionen Euro gestohlen - macht im Durchschnitt rund 3.000 Euro pro Bruch.

Die tatsächlichen Schäden sind allerdings oft deutlich umfangreicher, weil die Statistik nur das Diebesgut, nicht aber die einbruchbedingten Sachschäden erfasst. „Oft sind die Sachschäden sogar erheblich höher als der Wert der entwendeten Gegenstände“, erklärt Harald Schmidt. Selbst wenn die Versicherung den materiellen Schaden ersetzt, den Schock und das anschließende Unsi-

cherheitsgefühl wiegt das Geld noch lange nicht auf. Außerdem können langwierige Aufräumarbeiten und nicht selten der Verlust wichtiger Firmen- oder Kundendaten das Unternehmen zumindest kurzfristig vollständig lahmlegen. Und für das Image sind Einbrüche ja auch nicht unbedingt förderlich...

Gelegenheit macht Diebe

Da Einbrecher bei ihrer Arbeit gerne ungestört bleiben, sind sie in Gewerbegebieten und Bürotürmen am liebsten nachts und am Wochenende unterwegs, also immer dann, wenn sich dort wenig Menschen aufhalten. „Doch wenn sich eine Gelegenheit bietet, schlagen die Täter auch tagsüber in belebten Innenstadtlagen zu“, erklärt Harald Schmidt. Ein beliebter Trick: Einfach klingeln und schauen, ob jemand da ist. Meldet sich jemand, murmeln die Täter etwas von Post oder Botendienst, kommt keine Reaktion, probieren sie den Bruch.

Türen und Fenster sichern

„Viele Einbrecher gehen nur mit einfachen Hebelwerkzeugen, beispielsweise einem stabilen Schraubendreher zu Werke“, so der Polizeibeamte. Aus Unternehmersicht ist das eine gute Nachricht, denn das macht

es viel einfacher, dem dunklen Treiben einen Riegel vorzuschieben. Gekippte Fenster beispielsweise sind eine regelrechte Einladung für die finsternen Gesellen, doch auch geschlossen sind einfache Türen und Fenster kein großes Problem. „Schlecht gesicherte Türen und Fenster hebeln erfahrene Täter in wenigen Sekunden auf“, erklärt Schmidt.

Es ist deshalb äußerst empfehlenswert, in hochwertige Schlösser, stabile Türen und ordentliche Fenster zu investieren. Auch Kellerlichtschächte oder Schaufenster müssen vernünftig gesichert werden. Dazu gibt es inzwischen eine Reihe von Produkten auf dem Markt, die den Tätern die Freude an der Arbeit gründlich verderben. „Die einzelnen Komponenten des Einbruchschutzes sollten sinnvoll aufeinander abgestimmt werden. Es bringt nichts, wenn zwar die Eingangstür sehr hochwertig ist, das Fenster daneben aber leicht aufgehebeln werden kann“, erklärt der Experte.

Die Kriminalpolizeilichen Beratungsstellen der Polizei (siehe Infokasten) bieten einen Beratungsservice mit speziell geschulten Fachberatern an, die vor Ort eine Schwachstellenanalyse durchführen und geeignete Sicherungsmaßnahmen vorschlagen. Dieses Angebot ist in den meisten Bundesländern kostenlos. „Wer neu baut oder modernisiert, sollte dabei auch Sicherheitsexperten in die Planung einbinden. Das spart Kosten, weil teure Nachrüstungsmaßnahmen entfallen“, empfiehlt Kriminalrat Schmidt.

Abschreckung

Am wichtigsten sind mechanische Sicherungen, die das Einsteigen erschweren und in vielen Fällen sogar verhindern. Alarmanlagen und Videoüberwachung dagegen werden erst wirksam, wenn der Schaden schon da ist. Trotzdem bringen sie etwas. „Sichtbare Sicherungstechnik hat eine abschreckende Wirkung, denn sie erhöht die Arbeitszeit und damit das Risiko der Täter“, erklärt der Experte. Attrappen erkennen gewiefte Ganoven allerdings meist schnell, man sollte also in vernünftige Technik investieren. Dunkle Ecken ziehen übrigens Einbrecher magisch an - deshalb für ausreichende Beleuchtung sorgen und die Eingangstür nicht hinter hohen Hecken verstecken.



„Lockpicking“ nennen Kriminalisten den Versuch, ein Sicherheitsschloss zu knacken

Faktor Mensch

Und natürlich ist der Faktor Mensch auch beim Thema Einbruchschutz ein ganz wesentliches Element. Vor dem Verlassen der Firma sollte man deshalb routinemäßig prüfen, ob tatsächlich alle Fenster und Türen geschlossen sind. Türen immer zweimal abschließen. Rolläden sollten nachts heruntergelassen werden. Der Einbruchmelder wird gerne vergessen, nützt aber natürlich nur etwas, wenn er auch eingeschaltet ist.

Man sollte auch darauf achten, dass auf dem Betriebsgelände kein Werkzeug herumliegt - schließlich will man den Tätern ja nicht noch das passende Handwerkszeug liefern. Mülltonnen, herumstehende Leitern oder andere Dinge, können von kletterfreudigen Tätern als Aufstiegshilfen genutzt werden - also besser wegräumen. Vorsicht auch bei Bäumen direkt am Gebäude! In Glastüren sollten Schlüssel nicht von innen stecken, sonst bahnen sich die Täter mit Hammer oder Glasschneider den Weg.

Generalschlüssel, Autoschlüssel und Tresorschlüssel gehören nicht an frei zugängliche Schlüsselbretter oder in offene Schreibtischschubladen, sondern an einen sicheren Ort. Geht ein Schlüssel verloren, sollte der Schließzylinder ausgetauscht werden. Wichtig ist auch, dass Schlüssel und Sicherheitscodes nicht freizügig weitergegeben werden. Das Ganze bringt nämlich nur wenig, wenn die Mitarbeiter allzu sorglos sind. „Einbruchschutz ist Chefsache“, betont Kriminalrat Schmidt. Unternehmer sollten also das ganze Team mit einbeziehen und für die Problematik sensibilisieren, idealerweise sollte man einen Sicherheitsbeauftragten bestellen.



Foto: Polizeiliche Kriminalprävention

Kriminalrat Harald Schmidt

KONTAKTADRESSEN

www.polizei-beratung.de

Informationsportal der Polizei, mit vielen wichtigen Tipps und Hinweisen und Online-Suche der nächsten Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle. Außerdem kann man sich die informative Gratis-Broschüre: „Schlechte Geschäfte für Einbrecher“ herunterladen.

www.nicht-bei-mir.de

Informationsportal der gleichnamigen Initiative, die unter anderem von der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes, dem Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft sowie den Fachverbänden der Hersteller von Sicherheitstechnik unterstützt wird. Viele nützliche Informationen, interaktive Grafik zu den wichtigsten Schwachstellen.

www.vds.de

Internetauftritt von „Vertrauen durch Sicherheit“, einer unabhängigen Prüfeinrichtung, die Sicherheitsprodukte zertifiziert und Sicherheitskonzepte für Industrie und Gewerbe entwickelt. Umfangreicher Online-Produktkatalog mit zertifizierten Produkten.



Hungersnot Ostafrika - **jetzt spenden!**

Spendenkonto 10 20 30, Sozialbank Köln (BLZ 370 205 00)
Stichwort: „Ostafrika“. Oder online spenden unter:
www.Aktion-Deutschland-Hilft.de

Pokern um den Staatsvertrag



Foto: Gauseilmann

Eine Mehrheit der Bundesländer möchte in einem neuen Glücksspielstaatsvertrag das staatliche Monopol zementieren und die privaten Betriebe vom Markt drängen

Um den neuen Glücksspielstaatsvertrag läuft unter den 16 Bundesländern seit Monaten eine heftige Pokerpartie. 15 Bundesländer wollen die privaten Anbieter nahezu vom Markt drängen, um ihr staatliches (Einnahme-) Monopol zu erhalten, eines der kleinsten jedoch setzt auf mehr Liberalisierung und will den Markt noch weiter öffnen. Und dabei hat Schleswig-Holstein wohl die besten Karten, denn erstens drängt die Zeit, zweitens ist der vorliegende Entwurf des neuen Staatsvertrags wohl weder in Brüssel noch in Karlsruhe durchsetzbar und drittens hat das nördlichste Bundesland die komplette Branche hinter sich und ist fest entschlossen, gegebenenfalls den Alleingang zu wagen. Das würde das Land zwischen den Meeren zum deutschen Las Vegas machen. Zahlreiche private Anbieter von Sportwetten, von Lotto und Toto sowie Betreiber von Spielbanken würden ihren Sitz in den Norden verlegen.

Legalisieren und kontrollieren

Der gegenwärtige Entwurf des Glücksspielstaatsvertrags sieht drastische Einschränkungen des gewerblichen Gewinnspiels an Automaten und in Spielhallen vor. Bis zu zwei Drittel der 150.000 Spielgeräte müssten wohl kurzfristig vom Markt genommen werden, die meisten privaten Spielcasinos würden ihre Lizenz nach einer Übergangszeit von fünf Jahren verlieren, befürchtet der Branchenverband VDAI. Entschädigungsregelungen für längerfristige Miet- und Kreditverträge des mittelständisch geprägten Gewerbes sind in dem neuen Gesetz

nicht vorgesehen. Der Mittelstandsbeauftragte der Kieler Landesregierung und MIT-Mitglied, Hans-Jörn Arp (MdL), betreibt den Kieler Alleingang seit langem. 40 bis 60 Mio. Euro sollen in die Landeskasse fließen, wenn der Plan, den auch die mitregierende FDP unterstützt, aufgeht. Am 14. September hat der Landtag das Gesetz beschlossen.

Die Zeichen stehen gut, denn als Reaktion auf den alten Glücksspielstaatsvertrag sind private Anbieter in andere Staaten ausgewichen und bieten von dort aus ihre Wetten und Lotterien im Internet an. Im Onlinecasino wird rund um die Uhr gewettet, gezockt und gedaddelt – ohne jegliche staatliche Aufsicht, frei von Abgaben und Steuern. Das wollen die Schleswig-Holsteiner legalisieren, auch um es zu kontrollieren, ohne es zu gängeln und ohne Platzvorteile für staatliche Monopol-Veranstalter.

Appell der Wirtschaft

In der Schlussphase der bisher ergebnislosen Diskussion der Bundesländer appelliert die Automatenwirtschaft an die Politik, eine kalte Enteignung der 6.000 Familienbetriebe nicht zuzulassen. Moderne Spielzentren mit mehreren Konzessionen machten den Ordnungsbehörden die wenigsten Probleme. Außerdem sei das staatliche Glücksspiel nicht schlechter und nicht besser als ein privates. Eine Branche mit dem Scheinargument des Spielerschutzes vernichten und gleichzeitig das staatliche Monopol noch stärken zu wollen, sei scheinheilig, argumentiert der Verband.

Wenn dieser Entwurf Gesetz werde, vernichte er 60 Prozent der Existenzen und Arbeitsplät-

ze und stelle damit einen schweren Angriff auf die grundgesetzlich gesicherte Berufsfreiheit und das Eigentumsrecht dar. Eine derartige Beschränkung fördere das illegale Spiel – Prohibition habe noch nie funktioniert.

Der Ausgang ist (noch) ungewiss. Der alte Staatsvertrag läuft Ende des Jahres aus, bis dahin wird es vielleicht einen neuen geben, aber gewiss keine neuen Ausführungsgesetze in allen 16 Bundesländern mit Anhörungen und zwei parlamentarischen Lesungen. Hans-Jörn Arp ficht dies nicht an. Er ist fest entschlossen, den Alleingang zu wagen – mit einem liberalen Glücksspielgesetz, das den Privaten genügend Möglichkeiten gibt.

Günter Kohl

DIE BRANCHE IN ZAHLEN

- Die gewerbliche Unterhaltungsautomatenwirtschaft ist mittelständisch strukturiert. 6.000 Betriebe bieten rund 70.000 Arbeitsplätze (davon 75 % für weibliche Beschäftigte) und ca. 300 Ausbildungsplätze
- Spielbanken stellen ca. 5.000 Arbeitsplätze
- In ca. 8.000 gewerblichen Spielstätten und an 60.000 Gaststättenstandorten stehen 212.000 Geld-Gewinn-Spiel-Geräte
- Im Jahr fallen etwa eine Milliarde Euro Steuern und Sozialabgaben an, davon ca. 250 Mio. Euro Vergnügungssteuer
- Spieler unter 18 Jahren sind zum Geld-Gewinnspiel nicht zugelassen; Alkoholausschank in Spielstätten findet nicht statt



The power to do more



IT Check für kleine und mittelständische Unternehmen



Erhalten Sie eine kostenfreie und professionelle Beratung

Der Erfolg eines Unternehmens hängt entscheidend von einer soliden IT Infrastruktur ab, die flexibel auf die unternehmerischen Anforderungen eingehen kann. Doch arbeitet Ihre IT wirklich so wie Sie es sich vorgestellt haben? Die richtige Lösung, Produkte und Serviceleistungen zu finden und diese in Ihr Unternehmen zu integrieren kann eine gewisse Herausforderung darstellen. Denn es gibt keine Einheitslösung, die für alles passt.

Wie fange ich an?

Lernen Sie die Vorteile der Kooperation mit einem vertrauenswürdigen globalen IT-Partner kennen – von der Anforderungserhebung über Lösungsentwicklung hin zu der Implementierung und Instandhaltung. Profitieren Sie von einer strategischen Partnerschaft, die Ihnen dabei behilflich ist, das Beste aus Ihrer IT für Ihr Unternehmen herauszuholen.

Sprechen Sie gebührenfrei mit unseren Experten und erhalten Sie eine zugeschnittene IT Lösung.

Anrufen ▶

0800/ 858 33 55

Mo-Fr 8.30-18 Uhr, gültig ab 01.10.2011 (Bundesweit zum Nulltarif aus dem dt. Fest- und Mobilfunknetz)

Online ▶

Dell.de/it-check

Finden Sie die aktuellsten Angebote in unserem Webshop oder chatten Sie online Mo-Fr 8-19 Uhr mit unseren Kundenberatern.

Happy Birthday World Wide Web!



Von Thomas Plünnecke

Vor 20 Jahren lud Tim Berners-Lee seine Kollegen in einem Diskussionsforum zum Anklicken eines Hyperlinks ein. Der britische Informatiker sorgte damit für einen Urknall in der Kommunikation. Denn er gilt als Erfinder des World Wide Web.

Am Anfang stand das Chaos. Dass viele sein Thesenpapier „Informationsmanagement: Ein Vorschlag“ heute in einem Atemzug mit Gutenbergs Buchdruck nennen, ahnte der Brite Tim Berners-Lee vor 20 Jahren ganz sicher nicht. Denn eigentlich wollte der junge Informatiker nur den Informationsfluss am CERN, der Europäischen Organisation für Kernforschung, verbessern, als er ein Computerprogramm schrieb, mit dessen Hilfe alle Forscher jederzeit auf die Ergebnisse ihrer Kollegen zugreifen können sollten. Berners-Lee nannte sein Projekt World Wide Web, weil er fest daran glaubte, dass sich nicht bloß in Genf, sondern rund um den Globus Rechner miteinander vernetzen werden würden. Am 6. August 1991 startete er den ersten öffentlichen Web-Server.

Das Netz der Netze

Das Netz der Netze hat sich inzwischen zu einem festen Bestandteil des täglichen Lebens entwickelt. Fast 52 Millionen Deutsche (73 Prozent) sind laut Onlinestudie von ARD und ZDF im Web aktiv. Tendenz weiter steigend! Die Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen nutzt der Erhebung zufolge bereits zu 100 Prozent die nahezu unbegrenzten Möglichkeiten, die uns das Internet eröffnet. Das Versenden und Empfangen von E-Mails gehört ebenso dazu wie Facebook-Freundschaften und Blog-Beiträge, Video-Streams



Thomas Plünnecke

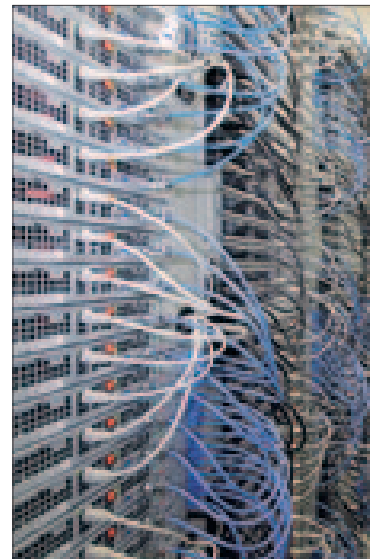
und ebay-Auktionen oder der Besuch in virtuellen Rathäusern, Banken und Behörden.

Mittlerweile werden 3,4 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts (1,67 Billionen US-Dollar) online erwirtschaftet, wie die Beratungsgesellschaft McKinsey errechnet hat. Die Untersuchung zeigt auch, dass sich der technologische Fortschritt positiv auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Für jeden Job, der in traditionellen Branchen weggefallen ist, wurden demnach 2,6 neue geschaffen. Zumal das Internet ständig innovative Trends hervorbringt. So verlagern die Menschen das Surfen in jüngster Zeit etwa zunehmend auf mobile Endgeräte, was Smartphones und Tablet-PCs boomen lässt. Damit einher geht wiederum die enorme Popularität von Apps.

Mit „Cloud Computing“ ist die nächste große Revolution längst eingeläutet. Hinter der Wolke (engl. Cloud) steckt die Idee, immer mehr Dienste von lokalen Computern loszulösen, um sie ins Internet zu verlagern. Je nach Verwendungszweck wird bei den

Angeboten zwischen Hardwarekomponenten, Entwicklungsumgebungen und Softwarepaketen unterschieden. Sämtliche Angebote sind auf Abruf („on demand“) verfügbar. Die Vorteile für Anwender: Geringere Kosten und höhere Flexibilität. Weltweit werden mit Cloud-Services schon jetzt Umsätze im zweistelligen Milliarden-Dollar-Bereich erzielt. Die Experten von Gartner prognostizieren bis 2013 einen Anstieg auf über 150 Milliarden US-Dollar.

Angesichts des rasanten Wachstums verwundert es kaum, dass das Internet ein nicht unbedeutender CO₂-Emittent ist. Allein um die circa 50.000 Serverräume



und Rechenzentren in Deutschland mit Energie zu versorgen, ist die Leistung von vier mittelgroßen Kohlekraftwerken nötig. Auf diese Weise werden jährlich über sechs Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid verursacht. Zahlreiche Unternehmen haben bereits erkannt, dass hier Handlungsbedarf besteht, und sich im Rahmen ihrer Corporate Social Responsibility Gedanken zur Lösung des Problems gemacht.

Der Anbieter 1&1 zum Beispiel versorgt seine Rechenzentren beispielsweise mit regenerativer Power und setzt ein intelligentes Kühlsystem ein, bei dem das warme Kühlwasser zunächst durch Freiluftkühler auf dem Dach geschleust wird. Diese kommen ohne Energiehungrige Kompressoren



Foto: 1 & 1

Um die vielen Server mit Strom zu versorgen, wird eine Menge Energie benötigt. Jede noch so kleine Einsparung zählt sich in der Ökobilanz aus

aus, weil sie die Außenluft zum Abkühlen verwenden. Selbst bei einer relativ hohen Temperatur von zehn Grad Celsius wird so durch eine natürliche Kühlung sehr viel Strom gespart. Durch diese und ähnliche Maßnahmen (z.B. ein besonders effizientes Webhosting-Betriebssystem) können wir den CO₂-Ausstoß insgesamt um bis zu 42.000 Tonnen pro Jahr reduzieren. Das schont die Umwelt – und hilft uns, einen Beitrag zur verantwortungsbewussten Nutzung des World Wide Web zu leisten.

ZEITLEISTE 20 JAHRE WORLD WIDE WEB

- 02.09.1969** Beim ersten Test des Arpanets, eines experimentellen Netzwerks des US-Militärs, werden bedeutungslose Daten zwischen zwei Computern hin- und hergeschickt
- 29.10.1969** Es werden erstmals Daten zwischen zwei verschiedenen Orten ausgetauscht: zwischen der University of California, Los Angeles, (UCLA) und dem Stanford Research Institute in Menlo Park in Kalifornien. Das Netz bricht aber nach den ersten beiden Buchstaben des Wortes „logon“ zusammen.
- 1972** Roy Tomlinson bringt die E-Mail ins Netz.
- 1974** Es wird eine Kommunikationstechnik namens TCP entwickelt, damit sich Menschen in verschiedenen Netzen austauschen können. Damit entsteht das eigentliche Internet.
- 1990** Tim Berners Lee entwickelt im Forschungszentrum CERN das World Wide Web, um akademische Informationen weltweit verfügbar zu machen
- 1991** Tim Berners Lee gibt das Internet zur allgemeinen & weltweiten Benutzung frei
- 1994** Der erste kommerzielle Web-Browser wird entwickelt: Netscape
Die erste Spam-Mail wird verschickt
- 1995** Amazon.com öffnet seine Pforten
- 1998** Google entsteht aus einem Projekt in einem Wohnheim an der Universität Stanford
- 1999** Napstar wird zum Tausch von Musik-Dateien populär
Die weltweite Internetbevölkerung erreicht 250 Millionen
- 2002** Weltweit 500 Millionen Internetnutzer
- 2004** Marc Zuckerberg gründet Facebook
- 2005** YouTube startet als Portal für Videos
- 2006** Google kauft YouTube für umgerechnet 1,36 Milliarden
Mehr als eine Milliarde Menschen sind online (ca. 1/6 der Weltbevölkerung)
- 2007** Apple stellt das iPhone vor als mobile Internetnutzung
Es setzt ein immer noch andauernder Boom internetfähiger Handymodelle ein
- 2008** Weltweit nutzen 1,5 Milliarden Menschen das Internet
- 2009** Als erste große US-Tageszeitung zieht der „The Seattle Post-Intelligencer“ komplett ins Internet um
- 2010** Facebook kommt auf eine halbe Milliarde Mitglieder
Jeder zehnte Deutsche ist Online
- 2011** aller Deutschen sind online

LESER SCHREIBEN

Zu: Editorial 9-2011 „Denk ich an Deutschland...“

Dank an Jürgen Presser für sein Editorial; er spricht mir voll aus dem Herzen. Auch Günter Kohl sei Dank für seinen Kommentar „Politik erklären statt dekretieren!“ Dieser Dank geht auch an Oswald Metzger für seine Aufforderung „Mut zur Veränderung“.

Kurt Haver
45472 Mülheim

Zu: Editorial 9-2011

Herzlichen Dank für das ausgezeichnete Editorial von Jürgen Presser. Der Inhalt spricht mir weitgehend aus der Seele. Lediglich die Wehrpflichtproblematik sehe ich anders. Das Mittelstandsmagazin ist wirklich erfrischend und lehnt sich nicht dem Mainstream der übrigen Partei an. Die MIT und das Mittelstandsmagazin sind für mich der Hauptgrund, warum ich mich nach 47-jähriger CDU-Mitgliedschaft noch nicht politisch heimatlos fühle. Machen Sie weiter so!

Hans-Hinrich Munzel
h.munzel@gmx.net

Zu: Editorial 9-2011

Seit Monaten schreiben kluge Leute, dazu zähle ich Herrn Schlarmann, über die Schiefelage unserer Politik, wie wir traditionelle Wähler vergraulen und was für ein wirtschaftspolitischer Schwachsinn von dieser Merkel-Regierung verbrochen wird. Jetzt aber meine ich, dass es nicht genügt, den Mund zu spitzen, sondern Sie müssen pfeifen! Die „Welt“ hat detailliert aufgelistet, was Griechenland versprochen und was es tatsächlich unternommen hat. Das Fazit ist, dass die Schönredner in der EU in einer Märchenstunde sitzen, aber alle Märchen endlich sind und die Wirklichkeit grausam wird.

Ich erwarte, dass die führenden Leute jetzt auch öffentlich Gegenkurs beziehen. Die Grün/Roten sind auf der Stimmungswelle, und 2013 kräht kein Hahn mehr nach einer CDU, die schrecklich abgewirtschaftet hat - im Wortsinne.

Hubert Herrmann
78166 Donaueschingen

Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift, behält sich aber verständlicherweise Kürzungen vor. Dass es sich bei Leserbriefen um Meinungsäußerungen der jeweiligen Verfasser handelt und diese nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wiedergeben, versteht sich am Rande.

leserbriefe@mitmagazin.com

AUTO-TEST



Opel Antara mit zahlreichen Neuerungen

Der Opel Antara kommt mit neuer Optik und völlig überarbeiteter Motoren- und Antriebstechnik daher

Mit akzentuiertem Außendesign, neuen Motoren, neu abgestimmtem Fahrwerk und einem überarbeiteten Innenraum verbindet der Opel Antara zum Modelljahr 2011 sportives Offroad-Flair mit hohem Nutzwert und urbanem Schick.

Die erneuerte Antriebspalette mit zwei Getriebevarianten, bestehend aus zwei Diesel- und einer Benzinvariante, bietet souveräne Fahrleistun-

gen bei deutlich reduzierten Verbrauchs- und Emissionswerten. Das 2.2 CDTI-Dieselmotorwerk steht in zwei Leistungsstufen zur Wahl. Die 120 kW/163 PS starke Basisversion entwickelt ein maximales Drehmoment von 350 Nm und ist in Kombination mit Front- oder Allradantrieb sowie mit manuellem oder automatischem Getriebe verfügbar. Mit einem kombinierten Kraftstoff-Normverbrauch von 6,3 l/100 km (CO₂;

167 g/km), 9,9 Sekunden für die Beschleunigung von 0-100 km/h und einer Höchstgeschwindigkeit von 189 km/h (jeweils frontgetriebene Schaltversion) bietet diese Motorisierung eine ausgewogene Mischung aus Effizienz und Dynamik.

Der serienmäßig mit Allradantrieb kombinierte, 135 kW/184 PS starke Top-Diesel bietet ebenfalls beide Getriebeoptionen und überzeugt mit souveränen Fahrleistungen. Als Alternative zum Diesel steht die Benzinvariante 2.4 ECOTEC mit einer Leistung von 123 kW/167 PS und einem Drehmoment-Höchstwert von 230 Nm zur Wahl.

Intelligentes Allradsystem mit variabler Kraftverteilung

Das elektronisch gesteuerte Allradsystem des Opel Antara kombiniert die Verbrauchsvorteile eines Fronttrieblers mit den Traktionsvorteilen eines Allradlers. Dabei sind auch hier im Normalfall die Vorderräder für den Vortrieb zuständig, wobei allerdings der momentane Fahrzustand von der zuständigen Regelelektronik kontinuierlich erfasst wird.

Das ebenfalls überarbeitete Interieur bietet neue, hochwertige Verkleidungs- und Bezugsstoffe, Instrumente in neuer Grafik, eine neu gestaltete Mittelkonsole mit zusätzlichen Ablagemöglichkeiten und die stilvolle Lederoption Mondial Hellgrau. Der Basispreis liegt bei 26.780 Euro. *G.K.*

VW Tiguan: Neue Assistenz-Systeme

Lange vor dem Verkaufsstart des neuen VW Tiguan lagen bereits 12.600 Vorbestellungen allein in Deutschland vor und bescheinigen dem beliebten kompakten Geländewagen so seine anhaltende Popularität.

Der neue Tiguan wurde nicht nur im Design aktualisiert, sondern auch technisch perfektioniert und mit zahlreichen neuen Ausstattungsdetails verfeinert: Gleich fünf neue Fahrerassistenzsysteme machen den beliebten kleinen SUV sicherer und komfortabler als jemals zuvor. Während beispielsweise „Lane Assist“ das Fahrzeug sicher in der Spur hält, erfasst die Müdigkeitserkennung Abweichungen vom normalen Fahrverhalten und empfiehlt dem Fahrer optisch und akustisch, beizeiten eine Pause zu machen. Zudem neu verfügbar für alle Versionen: die elektronische Differentialsperre XDS, die insbesondere in den Kurven für verbesserte Fahrdynamik sorgt.

Für den neuen Tiguan wird außerdem ab sofort die Lederausstattung Volkswagen Exclusive bestellbar sein: Sitzbezüge aus „Nappa Cool Leather“ in Almandinrot sind mit schwarzen

Kedern versehen. Ein Multifunktions-Sport-Lederlenkrad mit farbigen Ziernähten gehört ebenfalls zu diesem Angebot. Ergänzend können nun auch 19-Zoll-Leichtmetallräder „Savannah“ inklusive Radhausverbreiterung gewählt werden.

Der neue Tiguan kann sowohl in zwei Onroad-Ausstattungen „Trend & Fun“ und „Sport & Style“ sowie in zwei Offroad-Linien „Track & Field“ und „Track & Style“ bestellt werden. Der vielseitige Volkswagen ist für einen Einstiegspreis ab 24.175 Euro erhältlich. *Günter Kohl*



Schon vor dem Verkaufsstart standen die Käufer Schlange für den neuen VW Tiguan

BÜCHER

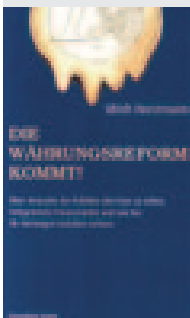
Deutschland, Zahlmeister der EU

Prof. Dr. Franz-Ulrich Willeke
Broschur, 160 S., 19,90 Euro
Olzog Verlag, ISBN 978-3-7892-8322-1

Dieses Buch ist eine Abrechnung mit der ungerechten finanziellen Lastenverteilung innerhalb der EU seit der deutschen Wiedervereinigung. Von da an hat Deutschland täglich im Durchschnitt 54 Mio. Euro als Beitrag zum EU-Haushalt nach Brüssel transferiert – und es darf deshalb mit Recht den Titel „Zahlmeister Europas“ für sich beanspruchen. Durch die Schuldenkrise südeuropäischer EU-Staaten spitzt sich diese Rolle weiter zu.

Die Währungsreform kommt!

Ulrich Horstmann
Geb., 272 S., 17,50 Euro
FinanzBuch Verlag,
ISBN 978-3-89879-654-5



Der Autor macht in diesem Buch eindrücklich klar, wie es um die Zukunft unserer Währung steht. Nach seiner Meinung leben wir in einer Zeit, in der nichts mehr sicher scheint, und in der es sich lohnen kann, auch über das Unvorstellbare nachzudenken. Darüberhinaus gibt er Tipps zur persönlichen Vermögenssicherung.

Handbuch IFRS 2011

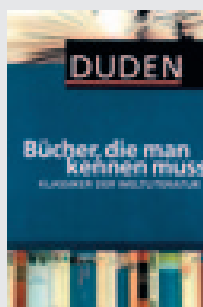
Hrsg. Wolfgang Ballwieser
7. Aufl., 1.238 S., 125,- Euro
Wiley-VCH Verlag,
ISBN 978-3-527-50587-6

Seit alle kapitalmarktorientierten Unternehmen ihre Konzernabschlüsse nach International Financial Reporting Standards (IFRS) erstellen müssen, wird es auch für andere Unternehmen in Deutschland zunehmend wichtiger, die Vorteile der IFRS zu nutzen, um ihre Verhandlungsposition gegenüber Banken und anderen Kapitalgebern zu stärken. Dazu ist die Kenntnis der komplizierten Regeln erste Voraussetzung.

Duden

Bücher, die man kennen muss

Broschur, 316 S., 9,95 Euro
Duden Verlag
ISBN 978-3-411-74851-8



andere Klassiker der Weltliteratur. Beide Bücher verschaffen einen Überblick, helfen beim Nachschlagen nach Autoren und Titeln und liefern Infos zur Inhaltszusammenfassung und zur Autorenbiografie.

Duden

Deutsches Universalwörterbuch

7. Auflage, 2.112 S., 39,95 Euro
+ CD-ROM 49,95 Euro
Duden Verlag



Dieser Duden ist und bleibt die Nr. 1 der Bedeutungswörterbücher, ein unentbehrlicher Ratgeber und ein wertvolles Nachschlagewerk für alle, die mit dem Wort umgehen. Der Band ist der große Bruder des Rechtschreibdudens und enthält gegenüber der letzten Ausgabe 7.000 Neueinträge – von „alternativlos“ bis „Kopftuchmädchen“. Rund 500 Infokästen erklären den angemessenen Sprachgebrauch eines Wortes leicht verständlich und anhand von ausführlichen Beispielen. Zusätzlich bietet das DDUW eine 45-seitige Kurzgrammatik, die die wichtigsten Regeln erklärt.

BestSeller

Berger/ Rinner
Geb., 256 S., 59,- Euro
Orell Füssli Verlag
ISBN 978-3-280-05425-3



Der Verkauf ist der erfolgreiche Abschluss jeder Beratung. Die Entscheidung des Kunden zu kaufen, bedeutet nichts anderes, als dass es dem Kundenberater gelungen ist, die Bedürfnisse seines Kunden zu verstehen und ihn durch

seine Beratung und seine Argumente zu überzeugen. Ob alt gedienter Verkaufsprofi oder unerfahrener Neueinsteiger – sie alle finden sich mit diesem Buch im Verkaufsalldag wieder und erhalten Tipps und Anregungen zum Nachdenken.

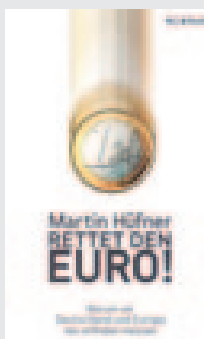
Atom- und erdölfrei in die Zukunft

Roger Nordmann
Broschur, 230 S., 24,90 Euro
Orell Füssli, ISBN 978-3-280-05437-6

Der Autor erläutert die Probleme der heutigen Energiepolitik. Am Beispiel der Schweiz schildert er, wie ein Land seinen Energiebedarf ausschließlich über erneuerbare Energien decken kann. Seine Argumentation ist zwar nachvollziehbar, aber Deutschland ist eben nicht die Schweiz – die Modelle sind nicht übertragbar.

Rettet den Euro!

Martin Hüfner
Geb., 280 S., 21,90 Euro
Murrmann Verlag
ISBN 978-3-86774-149-1



„Der Euro von 1999 ist tot. Er war gut, ist aber keine Währung für eine Horde wild gewordener Nationalstaaten, die sich nicht anders zu helfen wissen, als mit Milliardenprogrammen um sich zu werfen,“ sagt der Autor, seit vielen Jahren

Chefvolkswirt. Mit seinen Thesen ist er eine glaubwürdige, konstruktive Stimme inmitten des tagespolitischen Krisengetöses.

Weitere Buchtipps finden Sie auf Seite 26

Die Tragödie des Euro

Philipp Bagus
Hardcover, 192 S., 17,99 Euro
FinanzBuch Verlag
ISBN 978-3-89879-670-5



Der Volkswirtschaftsprofessor Bagus hält den Zusammenbruch des Euro für alles andere als einen Zufall. Für ihn haben europäische Sozialisten das Euro-Projekt angestoßen, um damit ihrem Traum von einem europäischen Zentralstaat näherzukommen (Mitterand: „Europa wird

sozialistisch sein oder es wird gar nicht sein!“) Die Entwicklung des Euro ist für Bagus eine Geschichte über Intrigen und politische wie ökonomische Interessen, in der Politiker um Macht, Einfluss und ihren Stolz kämpfen.

Der erfolgreiche Abstieg Europas

Eberhard Sandschneider
Geb., 206 S. 19,90 Euro
Carl Hanser Verlag
ISBN 978-3-446-42352-7



Der angesehene Außenpolitiker konfrontiert den Leser mit unbequemen, unpopulären, aber aufregenden Befunden. Der Westen ächzt unter den Folgen der Wirtschaftskrise, während aufstrebende Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien an wirtschaftlicher Stärke

gewinnen und immer mehr politische Macht beanspruchen. Wenn Europa seinen Einfluss wahren will, so seine These, muss es freiwillig Macht abgeben.

Das Ende des freien Marktes

Ian Bremmer
Geb., 224 S., 19,90 Euro
Carl Hanser Verlag
ISBN 978-3-446-42700-6

Der amerikanische Politologe Bremmer beschreibt in diesem Buch die zunehmende wirtschaftliche Dominanz autoritärer Staaten und ihres Staatskapitalismus'. Letzterer lehrt westliche Unternehmen und Demokratien das Fürchten, weil diese Auseinandersetzung anmutet wie ein Kalter Krieg mit wirtschaftlichen Mitteln. Deutsche Großunternehmen haben dies wohl entweder noch nicht begriffen oder überschätzen maßlos ihre eigenen Stärken im Umgang mit Gazprom. Ihre Aktionäre sollten dieses Buch lesen!

Aufregend lecker: Jetzt kocht der Norden

Zu einer festen Größe im Feinschmecker-Tourismus hat sich das Schleswig-Holstein Gourmet Festival entwickelt. Ausgerichtet von den Mitgliedern der Kooperation Gastliches Wikingland e.V. ist es mit seinen 25 Jahren das älteste in Deutschland und hat dennoch nicht an Charme und Originalität verloren. Die Mischung aus bewährten und neuen Gastköchen mit ihren unterschiedlichen Kochstilen bringt neuen Schwung in die heimischen Küchen. Davon profitieren die Gäste, Mitgliedsbetriebe und ihre Küchencrews.

Bis Mitte März 2012 kommen 18 vielfach ausgezeichnete

Top-Köche, um aus meist regionalen Produkten außergewöhnliche Sinnesfreuden zu kreieren. Skandinavien gibt mittlerweile in Europa den kulinarischen Ton an, daher engagiert die Kooperation mit Magnus Ek (Schweden) und Thorsten Schmidt (Dänemark) zwei herausragende Trendsetter mit kreativer, nordischer Handschrift.

Für Deutschland gehen Drei-Sterne-Koch Harald Wohlfahrt und seine Zwei-Sterne-Kollegen Henri Bach, Wolfgang Becker, Thomas Bühner, Alexandro Pape und Hans Stefan Steinheuer an den Start.

24. Schleswig-Holstein Gourmet Festival

Termin + Gastkoch	Mitgliedshäuser	Gastkoch
30. + 31.10	Cap Polonio, Pinneberg	Henri Bach
30. + 31.10.	Fitschen am Dorfteich Wenningstedt/ Sylt	Dieter Müller
5. + 6. 11.	Seeblick, Amrum	Nelson Müller
6. + 7. 11.	Strandhotel Glücksburg	Alexandro Pape
20. + 21.11.	Restaurant Stolz, Plön	Magnus Ek
20. + 21.11.	Columbia, Travemünde	Thomas Bühner
28. + 29.11	Maritim Seehotel Timmendorfer Strand	Harald Wohlfahrt

Weitere Termine: www.gourmetfestival.de

Revolution bei den Wirtschaftsprüfern

Der Machtwechsel in der Bundeswirtschaftsprüferkammer (WPK) in Berlin wurde von den Angehörigen dieses Berufsstandes als echte Sensation empfunden. Nach mehr als 50 Jahren setzten sich bei den Beiratswahlen im Sommer erstmals die Inhaber und Mitarbeiter der mittelständischen Kanzleien gegen die „Big-Four“ durch. Dahinter verborgen sich die Prüfungsgesellschaften KPMG, Ernst & Young, Pricewaterhouse Coopers und Deloitte Touche Tohmatsu mit zusammen annähernd 30.000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von 4,4 Mrd. Euro. Laut Wikipedia wickeln sie 83 Prozent des Geschäfts mit den 160 großen Aktiengesellschaften in Deutschland ab.

Der „Verband für mittelständische Wirtschaftsprüfung“ (wp.net) verdrängte alle Vertreter der vier großen Prüfungsgesellschaften aus dem Beirat. Dadurch scheiden die „Big-Four“ auch aus Präsidium und Vorstand der WPK aus, da deren Mitglieder aus der Mitte des Beirats gewählt werden. In der WPK sind sämtliche der mehr als 20.000 deutschen Abschlussprüfer Zwangsmitglied. Sie üben unter anderem die Berufsaufsicht über die Branche aus. Neuer Präsident wurde Michael Gschrei aus München. Er löste Norbert Pfitzer, Vorstandsmitglied von E&Y, ab.

Möglich wurde der Umschwung durch eine Gesetzesänderung, die Briefwahlen einführt. Zuvor hatten sich die großen Prüfungsgesellschaften auf den Mitgliederversammlungen mit Blankovollmachten ihrer eigenen Beschäftigten durchsetzen können.



Bäckerhandwerk wehrt sich gegen Gängelung durch EU

Foto: Bäckerhandwerk

Die Deutsche Brotkultur soll immaterielles UNESCO-Kulturerbe werden wie die französische Esskultur oder der argentinische Tango

Positiv äußerte sich das Deutsche Bäckerhandwerk über die Geschäftsentwicklung in Deutschland: Steigende Beschäftigtenzahlen, stabile Umsätze und ein Brotmarkt, der sich kaum verändert hat und den sich Bäckereien, Discounter und Lebensmittelhandel zu je einem Drittel aufteilen.

Besorgt äußerte sich Verbandspräsident Peter Becker allerdings zur Politik der Bundesregierung: „Wir vermissen eine klare Linie und wünschen uns mehr Verlässlichkeit. Wir kritisieren ganz stark den überhasteten Energieanstieg, der zu 25 Prozent höheren Strompreisen in der nächsten Zeit führen wird.“ Das Bäckerhandwerk, zu dem fast 15.000 Betriebe mit nahezu 300.000 Beschäftigten zählen, wehrt sich auch gegen Gängelungsversuche der EU: „Unsere Kunden

sollen selbst entscheiden, wieviel Salz ein Brot enthalten darf. Auch aus ernährungsphysiologischer Sicht haben wir Bäcker diese Grenzwerte sehr wohl im Auge“, sagte Becker.

Geradezu auf Unverständnis stößt, nicht nur im Bäckerhandwerk, das „unsinnige in mancher Weise auch diskriminierende Urteile des Bundesfinanzhofes“ zum Mehrwertsteuersatz.

Becker: „Ältere Mitbürger oder Menschen mit Handicap, die nicht im Stehen essen wollen, werden diskriminiert.“ Nach dem Urteil des BFH sind lediglich Speisen, die im Stehen verzehrt werden mit dem niedrigen Mehrwertsteuer-Satz von sieben Prozent belegt, wer sein Brötchen oder seine Wurst im Sitzen verzehren möchte, muss den höheren Satz von 19 Prozent zahlen.

G.K.



Foto: Bäckerhandwerk

Peter Becker, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Bäckerhandwerks und Mitglied der MIT

WETTBEWERBSRECHT

Frühbucher, Spätbucher – wie endgültig muss Werbung sein?

Foto: Bilderbox

Früh- oder Spätbucher – darum geht es in einem Urteil zum Wettbewerbs- und Werberecht in der Reisebranche

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben? Das muss im Bereich der Begrenzung von Rabattaktionen in der Werbung jedenfalls nicht der Fall sein, wie kürzlich das OLG Hamm (Urteil vom 5.10.2010, Az: I-4 U 52/10) entschieden hat.

Von Rechtsanwalt Manfred Wagner, Saarbrücken

In dem vorliegenden Fall ging es um das Werbeverhalten des beklagten Reiseveranstalters, der auf einer Internetseite eine Kinderreise mit einem Frühbucherrabatt angeboten hatte. Zuvor hatte der Reiseveranstalter bereits die gleiche Reise mit einer Rabattdauer beworben und diese Frist nun mit dem erneuten Angebot verlängert.

Der Kläger hatte die Beklagte nach erfolgloser Abmahnung auf Unterlassung und Erstattung von Abmahnkosten in Höhe von 214 € nebst Zinsen verklagt.

Die Klägerin sah darin, dass die Beklagte den Preisvorteil auch nach dem Ablauf der genannten Rabattdauer gewährte, eine Irreführung der angesprochenen Verbraucher, denn diese würden unter Umständen zu Spontanbuchungen verführt, welche wegen der Fristverlängerung gar nicht nötig wären.

Die Beklagte hatte argumentiert, dass sie mit der Verlängerung der Rabattdauer lediglich zuvor nicht abschbare günstige Einkaufspreise an ihre Kunden habe weitergeben wollen. Daher beantragte sie Klageabweisung mit der Begründung,

dass dieses Werbeverhalten seit Jahren üblich sei und hierin keine Irreführung gesehen werden könne.

Der Gang des Verfahrens

Das in erster Instanz zuständige Landgericht hatte die Klage dem Antrag der Beklagten entsprechend abgewiesen.

Die Klägerin legte gegen diese Entscheidung Berufung ein und begründete diese damit, dass die Irreführung, auch wenn dies durch den Beklagten nicht beabsichtigt gewesen sei, durch die Gewährung des Preisvorteils auch noch nach Ablauf der Rabattdauer verursacht wurde. Das Setzen einer Rabattdauer und deren nachträgliche Verlängerung sei eine objektiv falsche Werbeaussage, die die angesprochenen Verbraucher möglicherweise dazu brachte, Buchungen vorzunehmen, die sie, hätten sie gewusst, dass der Preisvorteil nicht abläuft, nicht vorgenommen hätten. Der zuständige 4. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Hamm hat die Berufung des Klägers am 05.10.2010 zurückgewiesen und ist damit der Entscheidung des Landgerichts Bielefeld vom 5. März 2010 gefolgt.

Die Entscheidungsgründe

Der Senat ist der Auffassung, dass die vorliegend beanstandete Werbung nicht irreführend sei und dem Kläger damit kein Unterlassungsanspruch zustehe.

Die hier angegriffene Werbung wäre dann als irreführend zu qualifizieren, wenn die in ihr enthaltenen Angaben über die Dauer eines Frühbucherrabatts bei den angesprochenen Verkehrs-

kreisen einen unrichtigen Eindruck hervorgerufen hätten, der für die spätere Kaufentscheidung der Verbraucher relevant gewesen wäre.

Die Werbung des Beklagten war jedoch nicht unwahr oder sonst zur Täuschung geeignet. Bei der Beurteilung der Werbung komme es entscheidend auf die Situation zum Zeitpunkt des Erscheinens der Werbung an. Bei einer in die Zukunft gerichteten Werbeaussage, wie der vorliegenden, könne es nicht darauf ankommen, ob sie sich nachträglich als richtig erweist oder nicht, sondern nur darauf, ob die Werbeaussage zum Zeitpunkt des Erscheinens der Werbung aus der prognostischen Sicht des Werbenden richtig war oder nicht, so die Entscheidungsbegründung. Als die Beklagte die Rabattdauer für Frühbucher zum ersten Mal einräumte, wollte sie den Frühbucherrabatt nur für eine bestimmte Frist gewähren und konnte die günstigen Umstände, welche danach zur Verlängerung des Rabattes führten, noch nicht absehen. Die erste Werbung mit dem Frühbucherrabatt war somit aus prognostischer Sicht der Beklagten nicht unwahr und damit auch nicht zur Irreführung geeignet.

Fazit

Die hier angegriffene Werbung wäre nur dann als irreführend einzustufen, wenn die Werbende von vornherein eine Fristverlängerung beabsichtigt hätte und die Verbraucher mittels der Werbeaktion gezielt unter Druck hätte setzen wollen, um Spontanbuchungen zu provozieren. Eine unerwartete Entwicklung hingegen, die eine Fristverlängerung möglich macht, kann dem Werbenden nicht negativ ausgelegt werden.

RECHT IM GESPRÄCH



Wolf-Dietrich Bartsch,
Rechtsanwalt
und Notar,

stellt sich den Fragen unserer Leser

Rechtliche Fragen beherrschen unseren Alltag und auch das Miteinander im Berufsleben. Die Beziehungen zwischen Unternehmen stehen ebenso auf dem rechtlichen Prüfstand, wie die Vertragsverhältnisse zwischen Firmen und Verbrauchern.

Wir wollen helfen, mehr Licht in den Paragraphen-Dschungel zu bringen. Dazu geben wir Ihnen gerne die Gelegenheit, uns Fragen zu rechtlichen Problemen zu senden. Eine kurze Mail genügt. Wir werden jeden Monat ausgewählte Fragen veröffentlichen und beantworten oder zu aktuellen Themen Wissenswertes mitteilen.

Aber Achtung: *Es geht dabei nicht um eine individuelle rechtliche Beratung. Die erhalten Sie bei Ihren Rechtsanwälten vor Ort. Wir wollen vielmehr allgemeine rechtliche Tendenzen aufzeigen.*

Eine wohnungsrechtliche Frage stellte sich neulich unserer Leserin Gisela H.. Sie ist Unternehmerin und darüber hinaus gehören ihr einige Eigentumswohnungen, welche vermietet sind. Für die Wohnungen gibt es eine Wohnungsverwaltung. Weiteren Personen gehören Wohnungen in der gleichen Wohnungseigentumsanlage. Auf einer der letzten Eigentümerversammlungen ging es um die Frage, in welchem Umfang und wem gegenüber der Verwalter Auskunft zu erteilen hat.

Grundsätzlich hat der Verwalter einer Wohnungseigentumsanlage allen Eigentümern Einsicht in die Verwaltungsunterlagen zu gewähren. Damit wird es dann aber auch schon kompliziert. Immer wieder wird darum gestritten, ob der Verwalter Kopien von zum Beispiel Abrechnungsunterlagen an den Eigentümer zu senden hat, der Auskunft begehrt. Muss der Verwalter Einsicht in seinem Büro oder beim Eigentümer gewähren? Macht es einen Unterschied, ob der Eigentümer am gleichen Ort lebt oder 500 Km entfernt?

Der Bundesgerichtshof hat sich in einem Urteil aus dem Februar diesen Jahres zu einem Teil dieser Fragen geäußert. Danach haben Wohnungseigentümer ihr Recht auf Einsichtnahme in Verwaltungsunterlagen grundsätzlich in den Räumlichkeiten der Wohnungsverwaltung wahrzunehmen. Sie dürfen sich auch Kopien fertigen, müssen dies aber selbst bezahlen. Dieses Recht auf Einsicht besteht auch noch, wenn der Verwalter für den entsprechenden Zeitraum bereits entlastet oder seine Abrechnung bestandskräftig genehmigt worden ist.

Der Verwalter ist nicht verpflichtet, die Unterlagen dem Eigentümer zur Einsichtnahme zuzusenden. Selbst für den Fall, dass der Eigentümer die Kosten der Versendung übernimmt, besteht kein entsprechender Anspruch gegen den Verwalter.

Einen Auskunftsanspruch im Hinblick auf die Jahresabrechnung und den Wirtschaftsplan hat nur die Eigentümergemeinschaft gemeinschaftlich. Macht sie einen solchen Anspruch nicht geltend, kann der einzelne Eigentümer Auskunft verlangen.

Im zweiten Teil dieser Rubrik weisen wir wieder einmal gerne auf Dinge hin, die es eigentlich nicht geben sollte. Das Oberlandesgericht München hatte im Rahmen eines Berufungsverfahrens über ein Scheinurteil zu entscheiden. Spätestens seit Michael

Endes Geschichte von „Jim Knopf“ ist der so genannte Scheinriese hierzulande bestens bekannt, was man von Scheinurteilen bislang nicht behaupten kann

Ein Zivilprozess schließt üblicherweise mit einem Urteil ab. Dieses Urteil ist durch den Richter zu sprechen und zu verkünden. Die Verkündung geschieht entweder am Verhandlungstag selbst (meist in Form des so genannten „Stuhlurteils“, was aber eine andere Geschichte ist) oder aber in einem extra anberaumten Verkündungstermin.

Das Landgericht München hatte als erstinstanzliches Gericht einen solchen Verkündungstermin anberaumt. Das Urteil wurde unterschrieben und den streitenden Parteien zugeschickt. Es fehlte jedoch das Verkündungsprotokoll für den Verkündungstermin. Damit ist den Parteien ein nicht verkündetes Urteil zugestellt worden – ein Scheinurteil.

Dieses Urteil kann rechtlich eine Instanz nicht abschließen. Es stellt vielmehr nur einen Urteilsentwurf dar. Um den Rechtschein des nicht verkündeten Urteils zu beseitigen muss allerdings Berufung eingelegt werden. Die Angelegenheit kam so zum Oberlandesgericht. Das OLG stellte die „Nichtexistenz“ des Urteils fest und verwies die Angelegenheit wieder an die erste Instanz.

Und so sind Scheinurteil und Scheinriese auf den zweiten Blick doch nicht so unterschiedlich wie zuerst angenommen. Beide geben vor, viel größer und wichtiger zu sein, als sie es in Wirklichkeit sind.

Schreiben Sie uns: rechtsfragen@mitmagazin.com

Beim Sonderbedarf ist Weitsicht gefordert

OLG Hamm; Beschluss vom 21.12.2010;
2 WF 285/10

Leben die Eltern getrennt, so haben die Kinder einen Anspruch auf Kindesunterhalt. Der eine Elternteil, bei dem sich die Kinder überwiegend aufhalten, erfüllt seine Unterhaltsverpflichtung durch die Betreuung der Kinder. Der andere Elternteil schuldet den so genannten Barunterhalt. Dieser Barunterhalt wird mittels der „Düsseldorfer Tabelle“ bestimmt. Es gibt aber immer wieder Situationen, die von dem „normalen Kindesunterhalt“ nicht gedeckt sind. Dies ist z.B. möglich, wenn ein Kind plötzlich unter Allergien leidet und zum eigenen Schutz eine bestimmte teure Matratze für sein Bett benötigt. Dann handelt es sich um Sonderbedarf.

Das Oberlandesgericht Hamm hatte einen Fall zu entscheiden, indem ein Kind von seinem Vater Sonderbedarf verlangte, weil es auf Klassenfahrt war bzw. an einem Schüleraustausch teilnehmen wollte. Das Oberlandesgericht wies den Antrag des Kindes zurück. Das Gericht wies darauf hin, dass der Sonderbedarf eine Ausnahme darstellt. Er muss überraschend auftreten und auch der Höhe nach nicht absehbar sein. Eine Klassenfahrt wird aber üblicherweise längerfristig geplant. Gleiches gilt für Austauschprogramme. Jeder Schüler und auch die Eltern wissen, dass diese Kosten irgendwann auf sie zukommen. Ist der Austausch nur ein zusätzliches Angebot (im vorliegenden Fall ein China-Austausch), der ohnehin nur von einem Teil der Schüler wahrgenommen wird, so ist dieses auch kein Sonderbedarf. Der Sonderbedarf soll üblicherweise nur die notwendigen Lebensbedürfnisse abdecken, die unvorhersehbar und plötzlich auftauchen.

Allerdings weist das Gericht darauf hin, dass etwas anderes gelten kann, wenn der Kindesvater über ein außergewöhnlich hohes Einkommen verfügt. Sofern das allerdings nicht der Fall ist, muss sich der Kindesvater nicht an den entsprechenden Kosten beteiligen.

AKTUELLE URTEILE

Zusammengestellt
von Wolf-Dietrich
Bartsch, Rechtsanwalt
und Notar



rechtsfragen@mitmagazin.com

Der Name sollte schon stimmen

OLG Brandenburg; Beschluss vom 25.02.2011;
7 Wx 26/10

Wer eine Firma gründet, hat darauf zu achten, dass der Name der Firma potenzielle Kunden und auch Mitbewerber nicht in die Irre führt. Dies wird vor der Eintragung in das Handelsregister geprüft. Das Oberlandesgericht Brandenburg hatte einen Fall zu entscheiden, der beim Vereinsregister spielte. Ein im Jahre 1992 gegründeter Verein hatte sich einen neuen Namen gegeben und wollte diesen in das Vereinsregister eintragen lassen. Bestandteil des Namens sollte nun „...1921 e.V.“ sein.

Das Gericht akzeptierte den neuen Namen nicht. Bei Vereinen wird üblicherweise angenommen, dass die Jahreszahl im Namen dem Jahr der Gründung entspricht. Liegt das Jahr weit zurück, so wird angehenden Vereinsmitgliedern vorgespielt, dass der Verein auf eine lange Tradition zurückblicken kann. Das OLG hat daher den Grundsatz der Namenswahrheit in den Mittelpunkt seiner Entscheidung gestellt. Irrführende Angaben dürfen nicht eingetragen werden. Der Verein wird sich wohl einen neuen Namen suchen müssen.

Versetzung nicht gefährdet

BAG; Urteil vom 19.01.2011;
10 AZR 738/09

Verträge sind zu halten; dieser alte Rechtsgrundsatz gilt nach wie vor. Doch oft sind mehrdeutige Vertragsklauseln auszulegen, und für böse Überraschungen bei zumindest einen Vertragspartner ist gesorgt. Dem Bundesarbeitsgericht lag ein Arbeitsvertrag einer Außendienstmitarbeiterin vor, die in einer ganz bestimmten Region tätig war. Allerdings war vertraglich vereinbart, dass

der Arbeitgeber ihr ein anderes Gebiet zuweisen durfte. Von diesem Recht machte der Arbeitgeber nun Gebrauch. Die Arbeitnehmerin war mit der Versetzung nicht einverstanden und zog vor das Arbeitsgericht.

Das Bundesarbeitsgericht sieht die Maßnahme des Arbeitgebers als vom Arbeitsvertrag gedeckt an. Je allgemeiner die Beschreibung im Arbeitsvertrag ist, um so weiter geht das Direktionsrecht des Arbeitgebers. Hier hatte sich der Arbeitgeber die Versetzung an einen anderen Arbeitsort ausdrücklich vorbehalten. Die Parteien haben damit vertraglich festgelegt, dass dem Arbeitgeber die Versetzungsbefugnis an einen anderen Arbeitsort zustehen soll. Und Verträge sind nun einmal zu halten...

Schnelles Handeln sichert Geld

BGH; Urteil vom 04.05.2011;
VIII ZR 195/10

An dieser Stelle haben wir schon mehrfach über die immer strenger werdenden Anforderungen an wirksame Mietvertragsklauseln berichtet. Dies betrifft insbesondere die Klauseln zu den Schönheitsreparaturen. Der Vermieter ist grundsätzlich verpflichtet, die Arbeiten auf eigene Kosten durchzuführen. Er kann aber diese Belastung im Mietvertrag auf den Mieter abwälzen, wenn der damit einverstanden ist. Inzwischen sehen die Gerichte einen starren Fristenplan als unwirksam an, der regelt, wann der Mieter welche Arbeiten auszuführen hat. Die Folge: Der Mieter ist nicht verpflichtet, die Arbeiten ausführen zu lassen.

Der Bundesgerichtshof musste entscheiden, ob dem Mieter, der „rechtsirrig“ renoviert hat, ein Ersatzanspruch gegen den Vermieter zusteht. Grundsätzlich wird das angenommen. Aber: Es ist Eile geboten! Der BGH hat ausgeführt, dass Ersatzansprüche des Mieters wegen der rechtsirrig vorgenommenen Schönheitsreparaturen in sechs Monaten ab Beendigung des Mietverhältnisses verjähren. Es gilt § 548 II BGB, da solche Arbeiten als Aufwendungen zur Verbesserung der Mietsachen anzusehen sind.

MU Tirschenreuth diskutiert Energiewende

Die Pläne und Vorstellungen der CSU zum Thema Energie für die Oberpfalz stellte Tobias Reiß, MdL, beim letzten Unternehmerstammtisch der Mittelstandsunion vor. MU-Kreisvorsitzender Leonhard Zintl freute sich, knapp 50 Zuhörer an diesem Abend begrüßen zu können, die sich auch selbst bei der Diskussion zur Energiewende mit einbrachten. „Sie stellt eine enorme Herausforderung dar, die in ihren Dimensionen mit der deutschen Wiedervereinigung vergleichbar ist“, stellte der energiepolitische Sprecher in der CSU-Landtagsfraktion

klar. Die Oberpfalz kann dabei zu einer Musterregion für den Umstieg auf Erneuerbare Energien werden, wenn man die Weichen richtig stellt. Besonders intensiv diskutierten die Anwesenden über das Für und Wider von Wind- und Solarkraft. Bei seinem Schlusswort bedankte sich Zintl für das große Interesse zu diesem Thema. „Nie war die Chance für die Region so groß, selbst die Zukunft aktiv zu gestalten“, sagte der Kreisvorsitzende der MU. „Die Chancen sollen von denen genutzt werden, die schneller, fleißiger und innovativer sind.“



Unser Foto zeigt (von links) Tobias Reiß, MdL, und den MU-Kreisvorsitzenden Leonhard Zintl

MU Erding und die dritte Startbahn

Rund 300 Gegner der dritten Startbahn des Münchner Flughafens haben die Veranstaltung der MU Erding genutzt, um stumm zu demonstrieren. Die MU-Mitglieder ihrerseits nutzten den Besuch des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann, MdL, lieber zur intensiven Diskussion. Herrmann sprach zunächst über die Notwendigkeit einer vernünftigen und gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur. Die MU-Kreisvorsitzende Ulrike Scharf gab bei der Thematik „Dritte Startbahn“ Contra: „Ich bin ebenso wie die Kreis-CSU gegen den

Flughafen-Ausbau. Ich wohne in Maria Thalheim und weiß, was es heißt, wenn die Flieger im Minutentakt über einen hinweg donnern.“ Einigkeit herrschte hingegen bei der Frage nach der besseren Anbindung Erdings an Straße und Schiene. „Wir können nicht nur auf das Geld schauen, sondern auch auf eine für die Stadt verträgliche Lösung. Denn schließlich geht es hier um ein Projekt für die kommenden Jahrzehnte. Es ist offensichtlich, dass hier bei Straße und Schiene großer Nachholbedarf besteht“, sagte der Innenminister.

Neuwahlen bei MU Kehlheim und Dillingen

Ralph Greenwood-Mahlo ist der neue Kreisvorsitzende der MU Kehlheim. Er wurde von den Mitgliedern gemeinsam mit seinen Stellvertretern Joannes Beck, Jochen Maun und Daniel Ritz gewählt. Als wichtigste Aufgabe benannte Greenwood-Mahlo die Mitgliederwerbung, um die Schlagkraft des Verbandes zu erhöhen.

seine Stellvertreter fungieren Ute Bucher, Achim Dittmann und Thomas Helmschrott. Abele beurteilte die Energiewende grundsätzlich positiv, mahnte aber eine kluge Steuerung bei der Umsetzung an. Zudem solle das vielstimmige Konzert der Berliner Koalition bei der Debatte um Steuererleichterungen endlich beendet und mit einer Stimme gesprochen werden.

Auf Kontinuität setzt die MU Dillingen an der Donau. Als

MU Ostallgäu und die Verkehrsinfrastruktur

Als Gast konnte der MU Kreisvorsitzende Wolfgang Sommer den verkehrspolitischen Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, Eberhard Rotter, MdL, begrüßen. Besonderes Anliegen war der Standort Füssen samt seinem dringend reno-

vierungsbedürftigen Bahnhof. Rotter informierte die Anwesenden umfangreich über die Entwicklung der Region und die zukünftigen Anbindungen an den nationalen und internationalen Bahnverkehr. Besonders freute ihn, dass seit

1993 die Fahrgastzahlen um 50 gestiegen sind. Beim Schandfleck Bahnhof konnte er direkt Abhilfe schaffen: ein Investor, der den Bahnhof renovieren wird, ist gefunden.

ENERGIEPOLITIK

Eine Wende, viele Fragen
und noch mehr Kosten

Noch mehr Windparks, noch mehr Fotovoltaikanlagen, noch mehr Kosten, noch mehr Planwirtschaft....

Von Dieter Bischoff

30 Jahre Stellvertreter – nicht auf Erden – das war der (andere) Bischof, der von Rom. 30 Jahre Stellvertreter in NRW. Das ist nicht der Nabel der Welt – und wir müssen uns auch nicht einbilden, wir könnten von hier aus die Welt verändern, insbesondere das Weltklima. Das meint aber unsere rot-grüne Regierung in NRW in grenzenloser Selbstüberschätzung und will jetzt ein **Klimaschutzgesetz** machen – mit allem Drum und Dran, Klimaschutzplan, Klimaschutzrat und was sonst noch alles Geld kostet.

Dabei weiß doch jedes Kind (auch der grünste Grüne) – Klimaschutz ist eine globale Angelegenheit. 96 Prozent des auf der Welt produzierten CO₂ erzeugt die Natur selbst, nur vier Prozent sind anthropogen, also von Menschenhand gemacht. Und von diesen vier Prozent (jetzt wieder auf 100 Prozent hochgerechnet) erzeugt Deutschland gerade einmal vier Prozent, NRW weniger als ein Prozent. Und für dieses **eine** Prozent geben wir Millionen und aber Millionen aus.

Pharisäerhaftes Gutmenschentum

Ich habe manchmal das Gefühl, wenn ich mit Grünen spreche, ich müsste permanent ein schlechtes Gewissen haben. Die Grünen sind die Guten – und wir haben, wie früher in den alten Western, die schwarzen Hüte auf. „Stör' mich nicht, ich rette gerade die Welt. Und verwirre mich jetzt nicht mit Fakten“, sagt die Grüne Beigeordnete, um dann auch noch meinen Beruf als Mineralölkaufmann ins Feld zu führen: „Du vaterlandsloser Geselle willst doch nur das Floß verfeuern, auf dem wir alle den Bach runter gehen.“

Eben nicht! **Energieeffizienz und Ressourcenschonung** – das ist unser Kredo. Denn nur die Energie, die gar nicht verbrannt wird,

schont wirklich und nachhaltig unser Klima. **Einsparung der Primärenergie** – daran müssen unsere politischen Ziele festgemacht werden – dann erledigt sich das mit dem CO₂ von selbst. Ich bin dieses pharisäerhafte

Gutmenschentum der Grünen so leid, leider geht's nicht.

Wir halten die **Kernenergie** für einen Eckpfeiler im Energiemix des Strommarktes und wollen – insofern über die damalige Beschlusslage der CDU hinausgehend – die Option für den Bau neuer Kernkraftwerke offen halten. Aber mittlerweile haben wir uns entschlossen, die **Energiewende mitzumachen**. Dieser aufgeheizten Diskussionslage, die ja teilweise die Heftigkeit eines Tsunami hatte, konnten auch wir uns nicht widersetzen.

« Kernkraft, Flugzeuge und Terroristen ..? »

Terroristen gab es voriges Jahr auch schon, und Flugzeuge hätten immer schon auf ein Kraftwerk abstürzen können. Aber die stürzen natürlich hauptsächlich auf die älteren. Deswegen mussten wir die ja auch als erste abschalten. »

Wir haben uns allerdings schon gefragt, ob die Argumentation, dass sich wegen Fukushima alles geändert habe, auch

wirklich schlüssig ist. Entweder waren unsere Kernkraftwerke sicher oder sie waren es nicht.

Also, wir steigen jetzt bis 2022 aus der Kernenergie aus – **keine Restmengenübertragung**

– nichts! Das ist alternativlos, genauso wie sechs Monate vorher die Laufzeitverlängerung.

Fünf Fragen harren auf Antwort

- ❶ Wie wollen wir verhindern, dass Deutschland in Zukunft zu einem Energieimportland, ganz speziell zu einem Atomstromimportland wird?
- ❷ Wie wollen wir unsere ambitionierten Klimaschutzziele erreichen, wenn wir die größte CO₂-freie Energieart vom Netz nehmen?
- ❸ Wie werden wir mit den riesigen Akzeptanzproblemen fertig, die mit dem Umbau der Landschaft verbunden sind?
- ❹ Was kostet uns das Ganze?
- ❺ Wie kommen wir zu einer europäischen Lösung? Denn wir können uns ja kaum allein auf eine Insel der Glückseligkeit zurückziehen.

Zu 1.:

Wir fahren jetzt schon auf Kante – und das bei einem energiearmen Sommer. Tageweise müssen wir heute schon Strom importieren. Wie wird das erst im Winter? Ich möchte nicht erleben, was bei einem **Blackout bei minus 10 Grad** passiert. Und man soll jetzt nicht kommen und sagen, dass wir dann von unseren Nachbarn *natürlich nur Strom aus erneuerbaren Energien* beziehen. Frankreich erzeugt 80 Prozent seines Stroms aus Kernenergie ...

Zu 2.:

Bekommen wir jetzt **Laufzeitverlängerung für Klimaschutzziele**? Ist doch klar, wir müssen die abgeschaltete Energie irgendwie ersetzen. Wie? Natürlich durch fossile Energien. Wir müssen GUD-Kraftwerke und Braun- oder Steinkohlenkraftwerke für die Grundlast vorhalten.

Überhaupt: **vorhalten!** Da werden also in Zukunft keine Kraftwerke mehr gebaut, weil sie rentabel sind, sondern weil sie vorgehalten werden müssen.

Zu 3.:

Akzeptanzprobleme. Deutschland sieht nach dem Umbau auf alternative Energien anders aus. Noch mehr Windräder. Noch mehr „Frostbeulen der Architektur“ auf den Dächern unserer schönen Fachwerkhäuser und Bauernhöfe. Und 3.600 km neue Überlandleitungen (oder Unterlandleitungen?). Die ersten Bürgerinitiativen dagegen gibt's schon. Von den gleichen grünen Ortsverbänden organisiert, die im Land und in Berlin die heftigsten Befürworter der erneuerbaren Energien sind. „Aber

« Alle fünf Fragen habe ich Norbert Röttgen, unserem Bundesumweltminister, gestellt. Er hat sie sich auch alle fünf aufgeschrieben – aber keine einzige davon beantwortet. Den Zettel haben wir hinterher sichergestellt und aufbewahrt – für den Fall, dass in 100 Jahren mal jemand guckt. Das einzige, was Röttgen dazu zu sagen hatte, war, wir sollten lieber die Energiewende als Chance für den Mittelstand sehen. Das wäre doch ein gigantisches Konjunkturprogramm. »

doch nicht in meinem Vorgarten“

3.600 km Leitungen. 90 km haben wir in den letzten 5 Jahren schon geschafft. Ich freue mich auf die nächsten 40 mal 5 Jahre.

Zu 4.:

Damit sind wir auch schon bei den Kosten. Wir werden bis zum Jahr 2030 insgesamt 32 Milliarden Euro mehr für die Begleichung unserer Stromrechnungen ausgeben müssen, so das Energiewirtschaftliche Institut der Uni Köln und andere.

Bei den notwendigen Investitionskosten für den Ausbau alternativer Energien schwanken die Angaben zwischen 250 Milliarden bis 335 Milliarden je nach Auftraggeber des Gutachtens. Das hat direkten Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer exportorientierten Wirtschaft, wenn der **Strompreis für Industriekunden um 41 Prozent ansteigt**.

Zu 5.:

Wir brauchen **eine europäische Lösung**. Was haben wir an Sicherheit gewonnen, wenn 63 km von Aachen in Tihange bei Lüttich ein 40 Jahre alter Meiler steht, der mit Sicherheit nicht sicherer ist als jene sieben KKW, die wir in Deutschland jetzt abgeschaltet haben?



Dieter Bischoff, Präsidiums-Mitglied der Bundes-MIT, stellv. Vors. der NRW-MIT, anerkannter Energiepolitiker, Rechtsanwalt, selbst Mineralölkaufmann und engagierter Karnevalist und für seine pointierten Stegreifreden bewundert und gefürchtet

Gesetze: Klops oder Flop?

Ein Flop: das **Erneuerbare Energien Gesetz** mit seiner Einspeisevergütung, wenn man selbst Strom aus alternativen Energien produziert. Mit 50 Millionen DM Einspeisevergütung sind wir in den 90er Jahren gestartet. In 2010 hat uns das schon 12,7 Milliarden Euro gekostet, in diesem Jahr werden 13 Milliarden erwartet und **bis 2030 weitere 175 Milliarden Euro**. Wohl gemerkt, das ist Geld, was jeder Stromverbraucher, also auch Sie und ich, mit unserer Stromrechnung bezahlen. Auch der Geringverdiener – der finanziert jetzt dem Besserverdiener die Photovoltaikanlage auf seinem Einfamilienhaus und dem Bauern auf der klapprigen Scheune.

Noch so'n Klops – **das EEWärmeG (Erneuerbare Energien Wärmegesetz)**. Hier wird dem Hausbesitzer vorgeschrieben, mindestens zehn Prozent seines Energiebedarfs mit erneuerbaren Energien zu decken. Das ist erneut ein **Einstieg in die Planwirtschaft**. Der Staat schreibt vor, was richtig ist, alles andere wird mit Bußgeldern geahndet.

Lauter Kehrtwenden

So weit, so schlecht. Der **Zustand unserer Partei** ist zurzeit nicht optimal. Fünf Kehrtwenden um 180 Grad in den letzten anderthalb Jahren. Energiewende, Griechenlandunterstützung, Wehrpflicht, Schule und Libyen. Mit dem Einstieg in den Mindestlohn fing der ganze Mist eigentlich an und mit der Enthaltung im Libyenkonflikt hörte es auf. „Wir stehen klar auf der Seite der Rebellen!“ sagte Westerwelle. Darum haben wir uns ja auch enthalten. Ich möchte mal gerne wissen, was Frau Merkel sagen würde, wenn jeder, der klar auf der Seite der schwarzgelben Koalition steht, sich bei der nächsten Wahl konsequent enthält.

Ein Journalist, der oft mit Frau Merkel verweist, sagte neulich, dass er sehr gerne zu ihr ins Flugzeug steige. Aber er möchte schon vorher wissen, wo die Maschine landet.

« ...das ist die gigantischste Umverteilung von unten nach oben, die wir jemals in der Bundesrepublik hatten. Wieso die Gewerkschaften hier noch keine Sternfahrt nach Berlin organisiert haben, verstehe ich nicht. »

Für die MIT in Europa unterwegs

SME-PRÄSIDENT PETER JUNGEN ZIEHT BILANZ SEINER ARBEIT

In der Zeit zwischen Juli 2009 und Juni 2011 sind über 50 Veranstaltungen organisiert worden. Davon waren 34 ausschließlich von der SME Union organisiert, acht in Zusammenarbeit mit Mitgliedsorganisationen, weitere acht in Zusammenhang mit Partnern und Sponsoren. Diese Events wurden besucht von zahlreichen ranghohen Politikern, darunter alleine 20 Mitglieder des Europäischen Parlaments als Redner und mehr als 30 darüber hinaus als Teilnehmer. Auch traten zwei Kommissionsmitglieder, Neelie Kroes und Günther Oettinger, als Redner auf diesen Veranstaltungen auf. EVP-Präsident Wilfried Martens, der Slowakische Finanzminister, der Ministerpräsident Litauens, Andrius Kubilius und der EPP-Generalsekretär Antonio Lopez-Isturiz White waren ebenfalls darunter. Zu den Ökonomen zählten Professor Roman Frydman von der University of New York, der sein neues Buch „Beyond Mechanical Markets“ in Brüssel auf Einladung der SME Union präsentiert hat sowie der bekannte europäische Volkswirt Daniel Gros, Direktor des Centers for European Policy Studies, der auf dem SME Union Arbeitsfrühstück „Kann der Euro überleben?“ gesprochen hat. Aus der Wirtschaft gehörten dazu, u.a. der Google Vize-CEO für Nord- und Mitteleuropa, Philip Schindler sowie zum Beispiel Jan Müllfeit, Chairman of Microsoft Europe.

Präsent in Europa

Die SME Union ist in allen Arbeitsgruppen der EVP mit Mitgliedern aktiv. Hier insbesondere auch durch den Präsidenten in der Vorbereitung des Kongresses in Marseille im Dezember 2011 und des neuen Arbeitspapiers, zu dem die SME Union erhebliche Änderungsanträge durchgesetzt hat. Die Zusammenarbeit mit den Vereinigungen auf der europäischen Ebene bezieht

sich vor allen Dingen auf diejenige mit den European Democrat Students, auf die Junge Union Europas (YEPP) und den Workers of the EPP (CDA).

Sehr früh in der Debatte über die europäische Schuldenkrise hat Peter Jungen als erster Vertreter einer politischen Institution auf europäischer Ebene überhaupt am 10.02.2011 die Forderung nach einem europäischen Währungsfonds gestellt, der seinen Schwerpunkt im Gegensatz zum IWF nicht auf der Rettung haben sollte, sondern auf der Prävention von Schuld, also ein langfristiges Projekt zur Stabilisierung der europäischen Währungsunion, nicht nur in Krisensituationen.

Die Basel III Regelungen wurden von Präsident Peter Jungen entschieden kritisiert. Auf Druck der Europäer sind sie verweicht, weniger hart verfasst und vor allen Dingen in ihrer Einführung so weit verschoben worden, dass sie erst



Peter Jungen ist Bundesschatzmeister der MIT und hat sich über Jahre in der europäischen Mittelstandsvereinigung, der SME Union, an führender Stelle engagiert, zuletzt als deren Präsident. Am 31. Juli 2011 hat er seine Tätigkeit beendet und wurde zum Ehrenpräsidenten gewählt.

zehn Jahre nach Lehman Brothers eingeführt werden.

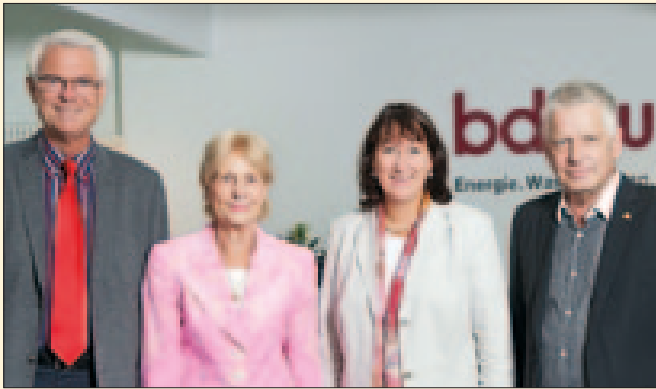
Im Thema Innovation hat Präsident Peter Jungen erheblich dazu beigetragen die Diskussion zu verschärfen, dass Innovation die einzige Chance für Europa ist, aus der Krise herauszukommen. Bedauerlicherweise wird dieses von den verantwortlichen europäischen Politikern immer noch viel zu wenig gesehen. China und Indien entwickeln sich unternehmerisch mehr und innovativer als die Europäische Union auch schon in der unmittelbaren Zukunft.

Schwierige Zeiten gemeistert

Die SME Union ist durch eine schwierige Zeit gegangen aufgrund von Vereinbarungen, die ihren Ursprung in 2007 haben und vom damaligen Präsidenten, Schatzmeister und Generalsekretär getroffen worden sind. Die Probleme wurden vom zuständigen Präsidium festgestellt, dazu gehören auch irreguläre Zahlungen an eine Slowenische Firma im Zusammenhang mit der Tätigkeit einer Mitarbeiterin. Das Präsidium hat im Frühjahr 2010 beschlossen, eine Sonderprüfung durch eine der renommiertesten europäischen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften durchführen zu lassen, die Einzelheiten dieser rechtswidrigen Zahlungen festgestellt hat. Alle diese Dinge wurden durch das Präsidium der SME Union abgestellt.

Die folgenden finanziellen Probleme konnten nur bewältigt werden durch die Tatsache, dass einige Mitglieder in besonderer Weise die Organisation finanziell unterstützt haben. Hierzu gehören besonders unsere rumänischen Freunde und auch die MIT. Darüber hinaus ist es gelungen, durch einige sponsorende Unternehmen die Lücken auszugleichen. Entscheidend ist, dass das Präsidium der SME Union alle diese Verstöße aus der Vergangenheit festgestellt hat, sie beendet und alles unternommen hat, um mit den entsprechenden gesetzlichen Regelungen in Übereinstimmung zu leben, wie sich das gehört und wie man das auch in Deutschland gewohnt ist.

Energiewende – was kostet sie den Mittelstand?



Zu diesem Thema traf sich die Kommission Energiepolitik unter dem Vorsitz von Dieter Bischoff (Foto links) in Berlin. Gemeinsam mit Hildegard Müller (Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung und Mitglied des Präsidiums des BDEW – Foto 3.v.l.) und dem MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen (Foto rechts) diskutierte man über die Konsequenzen der Energiewende für die zukünftige Stromversorgung und die Entwicklung der Strompreise. Als besonderen Gast konnte die Kommission die erfahrene Finanzexpertin Dr. Etta Schiller (Foto 2.v.l.) begrüßen.

Die MIT und der Notfalldienst

Die MIT Unna hatte in Werne zu einer Diskussion über das immer noch umstrittene Modell der zentralen Notfallpraxen eingeladen. Über 50 Mittelständler hatten sich auf den Weg gemacht, um mit der hochkarätig besetzten Expertenrunde ins Gespräch zu kommen. Moderiert wurde die Veranstaltung vom CDU-Kreisvorsitzenden Hubert Hüppe. MIT-Kreisvorstandsmitglied

Georg Laurenz, Organisator der Veranstaltung, bat zunächst alle Diskussionsteilnehmer um ein kurzes Statement. Dazu gehörten Dr. Hans Piepenbrock (Sprecher der Werner Ärzteschaft), Michael Goldt (Geschäftsführer des Klinikums Lünen-Werne), Dr. Wolfgang Dryden (Vorsitzender der KV Westfalen-Lippe), AOK-Regionalleiter Thomas Drees und Apotheker Udo Lucas.



Diskussion zum Für und Wider der Notfalldienst-Reform (v.l.n.r.): Georg Laurenz, Wolfgang Dryden, Thomas Drees, Hubert Hüppe, Michael Goldt, MIT Kreisvorsitzender Frank Murmann, Hans Piepenbrock, Udo Lucas und Klaus Jürgen Buse

Rührige Werber in Niedersachsen

Die Mittelstandsvereinigung der CDU hat im Kreis Vechta jetzt mehr als 750 Mitglieder. Ole Høy aus Lohne ist dabei der Mann mit der Nummer 750 auf seinem Ausweis. Er ist Ingenieur, arbeitet freiberuflich und betreut Bauprojekte. Der Kreisverband selbst hat damit nach Angaben seines Vorsitzenden Werner Lübbecke aus Langförden seine bundesweite Spitzenposition weiter ausgebaut. Wobei die Mehrheit

der MIT-Mitglieder in Vechta wohnt; mehr als 200 sind es in der Kreisstadt.

Die MIT Meppen konnte kürzlich das 400. Mitglied begrüßen. Der MIT-Vorsitzende Günter Reisner gratulierte Raimund Brüning zum Eintritt in die MIT. Allein im Jahre 2011 konnte der Kreisverband bisher 33 neue Mitglieder aufnehmen und ist damit der drittgrößte Kreisverband im Landesverband Niedersachsen.



Foto: Anke Hibbeler

Willkommen in der MIT: Ewald Menke und Peter Eilhoff (von links; MIT Lohne) sowie Günter Nyhuis und Werner Lübbecke (von rechts; MIT Kreisverband) mit dem neuen Mitglied Ole Høy aus Lohne

Golfturnier und Sommerfest



Mit ihrem jährlichen Sommerfest bietet die MIT ihren Mitgliedern und Freunden Abwechslung vom Arbeitsalltag. Dieses Jahr luden die Vorstände von Hamburg und Schleswig-Holstein für einen ganzen Tag aufs Land nach Gut Apeldör in Dithmarschen/SH ein. Für erfahrene Golfer hatte die MIT ein Turnier angesetzt. Rund 50 Teilnehmer stellten sich dem Wettkampf über 18 Löcher. All jene hingegen, für die Tee, Brutto-Punkte und Dreier-Flights bisher unbekannt waren, nahmen an einem Schnupperkurs teil.

MIT-Jahresempfang in Sachsen

Der sächsische MIT-Landesvorsitzende Dr. Markus Reichel, der stellv. MIT-Landesvorsitzende und MIT-Bundesvorstandsmitglied Rainer Kiank M.A. und der MIT-Kreisvorsitzende Dresden, Patrick Schreiber MdL begrüßten beim Jahresempfang der MIT Sachsen 2011 über 300 Gäste. Die Veranstaltung fand auf dem Gelände von PostModern statt. Zu den besonderen Gästen des Abends gehörten der Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende Stanislaw Tillich, der stellv. CDU-Fraktions-

vorsitzende und sächsische CDU-Generalsekretär Michael Kretschmer MdB, MIT-Präsidiumsmitglied Norbert Eyck und Wilfried Sieringhaus, (MIT-Landesvorsitzender Thüringen). Mit den Gästen aus ganz Sachsen, dem neuen Programmpapier, einer Führung durch die Druckereihallen von Prinovis und einem Abschluss-Feuwerk war es ein gelungener Einstand des erst kürzlich neu gewählten MIT-Landesvorstands.

Fotos und mehr finden Sie unter www.mit-sachsen.de

MIT 100 % GEWÄHLT

Seit 15 Jahren gilt er in seinem Heimatkreis Düren/ Rheinland als das politische Sprachrohr des Mittelstandes, nun wurde er für weitere zwei Jahre in seinem Amt als Kreisvorsitzender bestätigt: Rolf Delhougne. 100 Prozent der Stimmen erhielt der 64-Jährige, der einen Kreisverband mit über 700 Mitgliedern führt, darunter sehr viele junge Mitglieder und überdurchschnittlich viele Frauen. Delhougne ist auch Vorsitzender der MIT im Bezirk Aachen; auf der Bundesdelegiertentagung der MIT kandidiert er für einen Beisitzerposten.

Unser Dorf spielt Fußball

Auch in diesem Jahr war die MIT Sankt Augustin wieder auf dem Fußballturnier in Menden „Unser Dorf spielt Fußball“ dabei. Sieben Spieler wurden für eine Fußballmannschaft auf dem Kleinfeld, 7 gegen 7 ohne Abseits, benötigt. 10 Spieler hatte die MIT

Sankt Augustin mit ihrem Vorsitzenden Herbert Montexier an Bord. Mit einem 4. Platz in ihrer sehr starken Gruppe erspielte sich die MIT Sankt Augustin die Qualifikation für das Achtelfinale, wo sie dem späteren Vierten des Fußballturniers unterlag.



MIT Augustin im Titelkampf : (v.l.n.r. oben) Sebastian Hammes, Noel Besgen, Jürgen Adrian, Herbert Montexier, Berti Homge, Stefan Sommer; (v.l.n.r unten): Alex Lütz, Philipp Günter, Sascha Fälber, Detlef Schmitz

Ausgabendisziplin der öffentlichen Hand

Auf einer Gemeinschaftsveranstaltung der MIT Main-Taunus und der CDU Kelkheim disku-



Konsolidierung vs. Schuldenmachen - einig war man sich nicht (v.l.n.r.): Finanzminister Thomas Schäfer, Markus Bock und DGB-Vertreter Kai Eicker-Wolf

tierten der hessische Finanzminister Dr. Thomas Schäfer und der Leiter der Wirtschaftsabteilung des DGB Hessen, Dr. Kai Eicker-Wolf, die vom Wähler mit großer Mehrheit beschlossene Aufnahme der Schuldenbremse in die hessische Landesverfassung. Moderiert wurde die Veranstaltung vom MIT-Vorsitzenden Dr. Markus Bock. Schäfer wies insbesondere auf die Generationengerechtigkeit hin. Diese verbiete ein Weitermachen wie bisher, wenn zukünftige Generationen nicht unter der hinter-

lassenen Schuldenlast zusammenbrechen sollen. Neben einer personellen Aufstockung im kommunalen Verwaltungsbereich forderte der DGB-Vertreter Eicker-Wolf die Anhebung vorhandener und die Einführung weiterer Steuern, um die aus DGB-Sicht eher zu niedrigen Staatsausgaben finanzieren zu können. Eine Rückführung von Schulden sieht das Konzept des DGB ausdrücklich nicht vor. Markus Bock forderte aus MIT-Sicht eine Schuldenbremse auch für die kommunalen Haushalte.

Foto: Vario Image

Mit Tauschhandel die Inflation bekämpfen

Die Deutschen bangen um ihr Geld. Der Euro, er wankt. Wird die Reichsmark wieder eingeführt? Sind wir alle Monopoly? Es werden Unmengen von Banknoten gedruckt und zu Rettungsschirmen zusammengesklebt. Inzwischen ist schon der halbe Kontinent damit überdacht. Jeder Volkshochschulabbrecher

jedoch weiß, dass eine aufgeblasene Geldmenge zur Inflation führt. Es könnte also eng werden für uns alle.

Das heißt, mich persönlich würde eine Inflation weniger berühren, denn ich habe weitgehend umgestellt auf Tauschgeschäfte! Anfangs eher unfreiwillig, inzwischen aber habe ich erkannt, dass diese primitive Form des Wirtschaftens mich schützt vor den Bedrohungen des Turbokapitalismus.

Es begann damit, dass meine Klienten immer häufiger danach verlangten, ich solle ihnen den Narren machen, dafür aber nicht mit klingelnder Münze oder raschelnden Scheinen entlohnt werden, sondern mit Deputat, also mit Naturalien, die der Auftragnehmer ohnehin in über-

reichlicher Menge bereithält, herstellt oder vertickt!

Eines unserer zahllosen Luxushotels auf Sylt beispielsweise bat mich, bei der Weihnachtsfeier für die Belegschaft krude Geschichten zu erzählen. Allerdings sei für derlei Sperenzchen kein Posten im Etat vorgesehen. Man bot mir deshalb an, eine Woche in der Präsidientensuite der Nobelherberge zu logieren. Den Spa- und Wellnessbereich sowie das Gourmet-Restaurant dürfte ich uneingeschränkt nutzen. Ebenso die schwarz-verglaste, hauseigene Stretchlimousine.

Kurz darauf sollte ich die Landfrauen von Neustadt an der Knatter zu Lachanfällen und später in den Wahnsinn treiben. Als Dankeschön versprachen sie mir drei

Tonnen Mais-Silage. Sie hätten sogar einen Biogas-Bauern an der Hand, der bereit wäre, das Zeug zu erwerben, so ich denn einen Stromabnahmevertrag mit ihm schliesse.

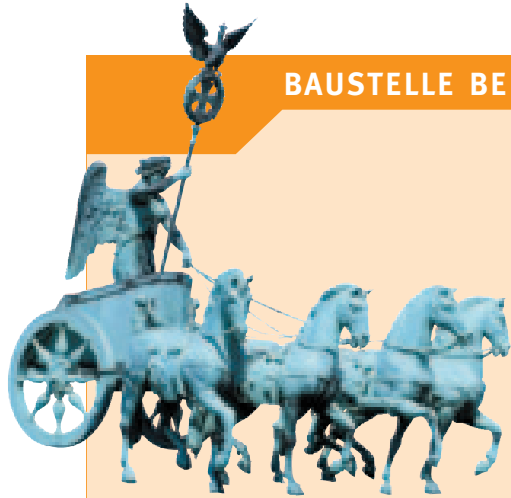
Im Spätsommer mailte mein Urologe, ob ich meine Zeit opfern könnte, um bei seiner Silberhochzeit die Abendunterhaltung zu bestreiten. Dieser Bitte bin ich unverzüglich nachgekommen, obwohl er übers Honorar kein Wort verlor. Das musste nicht sein, denn meine nächste Vorsorgeuntersuchung stand gerade an.

Im Oktober hatte der Pharmahersteller Pfister der Heimatinsel geladen. Deren Anfrage, die Abschlussgala zu moderieren, beschied ich spontan positiv, ja, es machte sich sogar eine freudige Erregung bei mir breit. Denn Pfister ist bekannt als Hersteller dieser rautenförmigen blauen Tabletten, die dem Mann an Härte zurückgeben, was bereits verloren schien.

Schon anhand dieser wenigen Fälle dürfte deutlich werden, dass Tauschhandel eine überaus interessante Alternative zum bestehenden System wäre. Nur wenn Großbanken oder (andere) kriminelle Organisationen mit Aufträgen winken, werde ich hellhörig. Die entlohnen mich womöglich nicht mit einem fetten Scheck, sondern bieten mir an, ich könne mich nach Belieben mit Wertpapieren eindecken, die sie in ihrer „Bad Bank“ liegen haben...

Manfred Degen ist vielen bekannt als der Sylter Insel-Kabarettist, tritt aber auch bundesweit auf und ist auf Firmen-events oder Incentive-Veranstaltungen ein gern gesehener und viel gebuchter Unterhaltungskünstler

Info: www.Manfred-Degen.de



BAUSTELLE BERLIN

Liebe MIT-Streiter,

... langsam wird's eng ... nein, ich meine heute nicht die Euro-Rettung oder die drohende Griechenland-Pleite oder gar die Koalition aus Union und FDP nach der abermaligen Wahlschlappe, diesmal in Berlin - nein ich bin jetzt bei der Vorbereitung für unsere Bundesdelegiertenversammlung Ende Oktober in niederbayerischen Deggendorf. Unser kleines Büro in Berlin-Mitte gleicht in dieser Zeit wirklich einer Baustelle: Es ist umfunktioniert in einen Lagerraum für allerlei Kisten, Fahnen, Tagungstaschen, Give-Aways sowie ganz viel noch unbedrucktes oder schon mit Informationen vollgepacktes Papier.

Die vom Bundesvorstand eingesetzten Kommissionen, Arbeitskreise und Adhoc-Arbeitsgruppen debattieren, diskutieren, formulieren Anträge zu dieser alle zwei Jahre stattfindenden Tagung unserer Vereinigung und auch für den kurz darauf stattfindenden CDU-Parteitag in Leipzig. Anlass für mich, meinen ganz herzlichen Dank an all die ehrenamtlichen Mitglieder unserer MIT auszusprechen, die ungewöhnlich viel Zeit und Kosten auf sich nehmen, um mit dafür sorgen, dass unsere MIT sich zu den wichtigsten Themen unserer Zeit aktuell und profund äußern kann und damit auch weiterhin Sprachrohr des

Mittelstandes in Deutschland ist. Kompetent und engagiert! Auch wenn dies nicht immer auf pure Gegenliebe in Partei und Fraktion trifft!

Genauso wichtig wie die Programmatik sind die personalpolitischen Weichenstellungen für die zweijährige Amtszeit des Bundesvorstandes von 2011 bis 2013. 2013 wird es wohl bundespolitisch eine Zäsur geben – so oder so, doch eines kann ich wohl im Namen aller MIT-Aktiven sagen: Wir die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU werden uns voll einbringen, wir wollen den Erfolg unserer UNION! Bis dahin ist es allerdings noch ein weiter und beschwerlicher Weg!

Dass wir uns mit unserer Bundestagung in den Bayerischen Wald begeben, stieß nicht überall auf begeisterte Zustimmung: Die lange Anfahrt nach Deggendorf, die Aufteilung auf mehrere Hotels... In Deggendorf gibt es gerade im Hotelbereich noch mittelständische Strukturen – ja, inhabergeführte Hotels – also Mittelstand pur! Wir Mittelständler kriegen dies hin! Auch dank der tatkräftigen Unterstützung unserer bayerischen Freunde von der Mittelstands-Union.

So freuen wir uns auf diesen Event und den Besuch der beiden Parteivorsitzenden Angela Merkel und Horst Seehofer. Ich werde Ihnen berichten, wie es war.

baustelle@mittelstand-deutschland.de

DER AUTOR



Hier schreibt MIT-Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen

IMPRESSUM

MittelstandsMagazin

Herausgeber

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Josef Schlarmann und den Hauptgeschäftsführer Hans-Dieter Lehnen, Charitéstraße 5, 10117 Berlin

Verlag

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Geschäftsführer Günter F. Kohl
Gärtnerkoppel 3
24259 Westensee
Telefax: 04305 / 992 993
E-Mail: info@mitmagazin.com
www.mitmagazin.com

Chefredakteur

Günter F. Kohl (G.K.)
E-Mail: gk@mitmagazin.com

MIT-Inside

Astrid Jantz (aj)
Telefon: 0 30/22 07 98-16, Telefax: 22 07 98-22
E-Mail: jantz@mittelstand-deutschland.de

Redaktion Recht

Wolf-Dietrich Bartsch, Rechtsanwalt und Notar
rechtsfragen@mitmagazin.com

Titelfoto

Pitopia

Anzeigen

GK MittelstandsMagazin Verlag GmbH
Gärtnerkoppel 3, 24259 Westensee
Brigitte Kohl
Telefon: 04305 / 992 992, Fax 04305 / 992 993
E-Mail: anzeigen@mitmagazin.com

Anzeigenverkauf

Verlagsvertretung Getz,
Nielsen I, II, VI, VII
Telefon: 02205 / 8 61 79, Fax 02205 / 8 56 09
Nielsen III a, III b, IV, V
über den Verlag

Satz und Layout

Walter Katofsky, Kiel
Telefon: 0431 / 54 22 44, Telefax: 0431 / 260 35 66
E-Mail: wk@mitmagazin.com

Druck

Evers-Druck GmbH
Ernst-Günter-Albers-Straße, 25704 Meldorf

Bezugsbedingungen

MIT MittelstandsMagazin erscheint zehnmal jährlich.

Die Kündigung des Abonnements ist jeweils mit einer Frist von sechs Wochen zum Jahresende möglich. Für Mitglieder der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ist der Bezug des MIT-Magazins im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Schadenersatz.

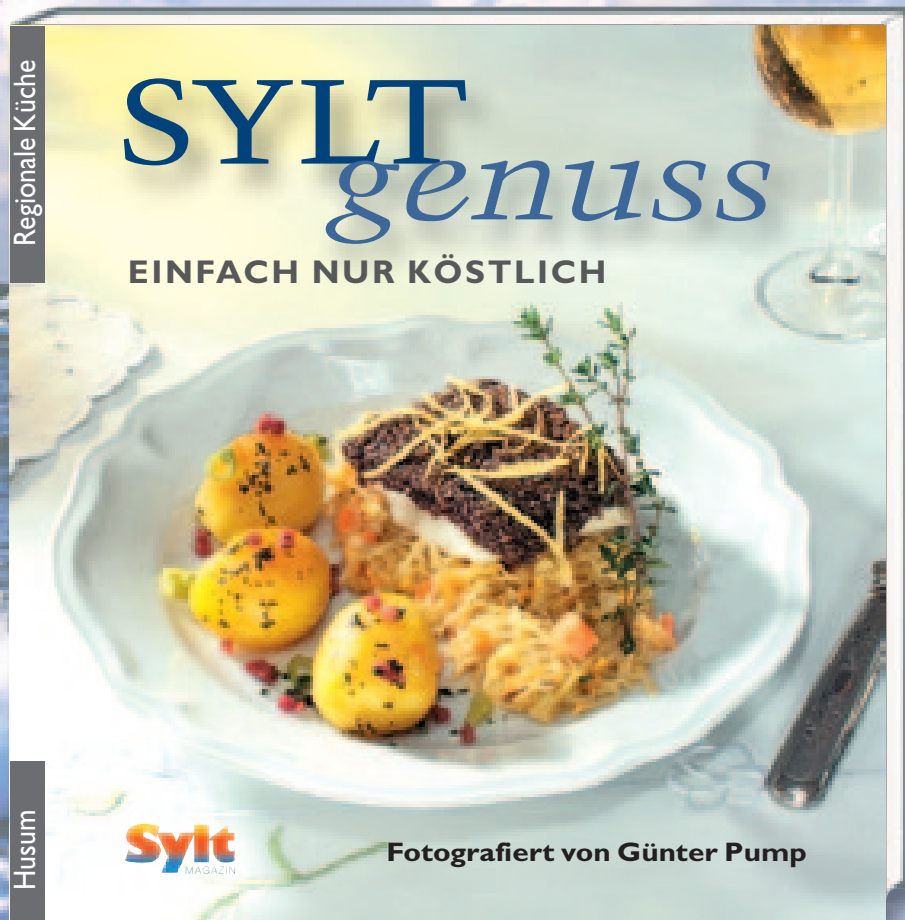
ISSN 0932-3325

Copyright für den gesamten Inhalt:
GK Mittelstands Magazin Verlag GmbH, Nachdrucke und Internet-Links nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Verstöße dagegen sind Urheberrechtsverletzungen und lösen Schadenersatzforderungen aus.



Informationsgemeinschaft
zur Feststellung der
Verbreitung von
Werbeträgern e. V. (IVW)

Sylt für Genießer – Eine Entdeckungsreise zu kulinarischen Schätzen



In Zusammenarbeit
mit dem

Sylt
MAGAZIN

So vielseitig wie die Landschaft und die Orte Sylts sind die Genüsse aus Küche und Keller. Hier kann man ebenso traditionell Friesisches und gutbürgerlich Bodenständiges wie auch die kreative moderne Küche entdecken. Günter Pump hat Sylter Hausfrauen und Profiköchen in die Töpfe geschaut und die kulinarischen Schätze der größten deutschen Nordsee-Insel gehoben – von Wenningstedter Fischklößchensuppe und Lister Aalsuppe über Kampener Entenbrust mit Mango-Sanddorn-Chutney und Grünkohl mit süßen Kartoffeln bis zu Futtjes und Sylter Teecreme. Seine appetitanregenden Fotos und die Anleitungen zum leichten Nachkochen beweisen, dass Köstliches nicht kompliziert sein muss.

**Aufgeklebt auf eine Postkarte oder
im Briefumschlag bitte senden an:**

Verlag Sylt Magazin und die insel
24259 Westensee
Gärtnerkoppel 3

Bestellung

Ich bestelle ein Ex. des Buches **Syltgenuss** zum Preis von 10,- Euro inkl. Porto und Verpackung. (96 Seiten, zahlreiche farbige Abbildungen mit Rezepten zum einfachen Nachkochen)

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Datum _____ Unterschrift: _____

»Sparkassen sind
beste Mittelstandsbank.«
(lt. Forsa-Umfrage in der impulse 08/2010)

Wir finanzieren den Mittelstand.

Nutzen Sie das Sparkassen-Finanzkonzept für Firmenkunden.



Managen Sie Ihre Finanzen clever mit dem Sparkassen-Finanzkonzept. Als einer der größten Mittelstandsfinanzpartner bieten wir unseren Kunden kompetente und umfassende Beratung. Von Investitionsfinanzierung über Risikomanagement bis hin zur Nachfolgeregelung; Wir finden für jedes Anliegen die maßgeschneiderte Lösung. Testen Sie uns jetzt! Mehr Infos bei Ihrem Sparkassenberater oder auf www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**